

# Sächsisches Amtsblatt

Nr. 37/2021

16. September 2021

## Inhaltsverzeichnis

### Sächsisches Staatsministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr

Bekanntmachung des Sächsischen Staatsministeriums für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr über das Förderprogramm „Jugendberufsagentur Sachsen (JubaS)“ vom 1. September 2021 ..... 1170

Bekanntmachung des Sächsischen Staatsministeriums für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr über einen Förderaufruf zur Teilnahme am wettbewerblichen Verfahren zum Förderprogramm InnoStartBonus vom 2. September 2021 ..... 1175

### Landesdirektion Sachsen

Bekanntmachung der Landesdirektion Sachsen zur Entstehung der Hestia Stiftung Gz.: 20-2245/679/1 vom 18. August 2021 ..... 1177

Bekanntmachung der Landesdirektion Sachsen zur Entstehung der Hanten-Schmidt-Foundation Gz.: 20-2245/680/1 vom 18. August 2021 ..... 1178

Bekanntmachung der Landesdirektion Sachsen über die Genehmigung der 3. Änderungssatzung zur Verbandssatzung des Wasserverbandes Döbeln-Oschatz Gz.: 20-2217/105/5 vom 2. September 2021 ... 1179

3. Änderungssatzung zur Verbandssatzung des Wasserverbandes Döbeln-Oschatz..... 1180

### Andere Behörden und Körperschaften

Bekanntmachung des Staatsbetriebes Geobasisinformation und Vermessung Sachsen über das Erlöschen des Amtes eines Öffentlich bestellten Vermessungsingenieurs, die Bestellung eines Öffentlich bestellten Vermessungsingenieurs und die Bestellung eines Amtsverwalters vom 1. September 2021 ..... 1181

Bekanntmachung des Landratsamtes Görlitz über die Neufassung der Verbandssatzung des Abwasserzweckverbandes „Unteres Pließnitztal-Gaule“ vom 29. Juni 2021 vom 31. August 2021 ..... 1182

Verbandssatzung des Abwasserzweckverbandes „Unteres Pließnitztal-Gaule“ ..... 1183

Bekanntmachung des Landratsamtes Landkreis Leipzig der Genehmigung der Zweckvereinbarung gemäß § 71 Absatz 2 Satz 1 Variante 2 des Sächsischen Gesetzes über kommunale Zusammenarbeit zur Errichtung einer gemeinsamen Dienststelle der Meldebehörden vom 9. Juli 2021 vom 13. August 2021 ..... 1189

Zweckvereinbarung gemäß § 71 Abs. 2 Satz 1 Var. 2 des Sächsischen Gesetzes über kommunale Zusammenarbeit (SächsKomZG) zur Einrichtung einer gemeinsamen Dienststelle der Meldebehörden..... 1190

Bekanntmachung des Landratsamtes Landkreis Leipzig über die Genehmigung der Aufhebung der Zweckvereinbarung zwischen der Gemeinde Machern und der Gemeinde Bennewitz zur Wahrnehmung der Aufgaben zur Realisierung des § 45 der Straßenverkehrs-Ordnung vom 26. August 2021 ..... 1193

# **Sächsisches Staatsministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr**

## **Bekanntmachung des Sächsischen Staatsministeriums für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr über das Förderprogramm „Jugendberufsagentur Sachsen (JubaS)“**

**Vom 1. September 2021**

Das Staatsministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr fördert über Buchstabe B Ziffer II in Verbindung mit Buchstabe B Ziffer I Nummer 8 der Fachkräftenrichtlinie vom 30. April 2019 (SächsABl. S. 722), die durch die Richtlinie vom 12. Dezember 2019 (SächsABl. SDR. 2020 S. S 11) geändert worden ist, enthalten in der Verwaltungsvorschrift vom 29. November 2019 (SächsABl. SDR. S. S 398), Modellprojekte, die Maßnahmen zur Optimierung des Systems und weitere Maßnahmen zur Arbeits- und Ausbildungsmarkintegration insbesondere von Benachteiligten und von Menschen mit Migrationshintergrund erproben.

### **1. Anlass der Förderung**

Die gelingende Ausgestaltung der Übergänge von der Schule in den Beruf stellt für junge Menschen nach wie vor eine große Herausforderung dar. Dies trifft insbesondere auch auf benachteiligte junge Menschen und junge Menschen mit Migrationshintergrund zu. Dazu bedarf es neben dem individuellen Engagement der jungen Menschen sowie dem der Wirtschaft auch unterstützender Steuerungsinstrumente durch die beteiligten öffentlichen Institutionen. Um diese Übergänge zu befördern, haben sich Jugendberufsagenturen als geeignet erwiesen.

Seit vielen Jahren gibt es eine Fülle an unterschiedlichen Angeboten vor Ort, die von Fachkräften, Schulen, Betrieben und vor allem von den jungen Menschen selbst als unübersichtlich und intransparent wahrgenommen werden. Zu den gesetzlich verankerten Regelangeboten gibt es weitere zusätzliche Programme des Landes und des Bundes, die auf die Unterstützung der jungen Menschen am Übergang Schule–Beruf zielen. Häufig sind diese Angebote den einzelnen Mitarbeitenden der jeweils anderen Träger der Regelleistungen (Arbeitsagentur, Jobcenter, Kommunen) nicht allumfassend bekannt. Auch die Schulen und die Wirtschaft (Betriebe, Kammern, Verbände und Gewerkschaften) sind im Handlungsfeld aktiv.

Jugendberufsagentur bedeutet eine zielgerichtete Koordinierung, Steuerung und Kommunikation verschiedenster Programme und Angebote auf Basis regionaler Bedarfe. Damit eine auf die individuelle Situation des jungen Menschen zugeschnittene Unterstützung gelingt, ist die ständige Weiterentwicklung der Jugendberufsagenturen unter Einbezug der Wirtschaft und eine wirkungsvolle Öffentlichkeitsarbeit von entscheidender Bedeutung.

Zwischen allen Akteuren abgestimmte und vernetzte Informations-, Beratungs- und Dienstleistungsangebote sollen „unter einem Dach“ für junge Menschen angeboten werden. Das „Laufen“ von einer Stelle zur anderen entfällt. Auch die

Erschließung weiterer alternativer, beispielsweise virtueller Beratungsorte und -formate, ist eine wertvolle Erkenntnis aus der Pandemie, die es aufzugreifen und weiterzuentwickeln gilt.

Jungen Menschen kann somit schneller und effektiver geholfen werden und der Übergang in berufsqualifizierende Ausbildungswege wird beschleunigt. Die zuständigen Institutionen erhalten einen besseren Einblick in die quantitativen und qualitativen Bedarfe vor Ort und können gemeinsam geeignete Unterstützungsangebote entwickeln. Die lokale Wirtschaft wird stärker einbezogen und ihr spezifischer Fachkräftebedarf besser gedeckt. Unter den Bedingungen des demografischen Wandels und zunehmenden Fachkräfteengpässen im Freistaat Sachsen wird damit ein zielführender Beitrag zur regionalen Fachkräftesicherung geleistet.

Der junge Mensch soll nicht einen Beruf, sondern seinen Beruf finden – dafür unterstützt der Freistaat Sachsen die Etablierung und die Weiterentwicklung von Jugendberufsagenturen. Ziel ist es, den Übergang junger Menschen an den Schnittstellen von Schule, Ausbildung/Studium und Arbeitsmarkt durch eine intensivere Zusammenarbeit von Schulen, Jobcenter, Agenturen für Arbeit und Jugendhilfe unter Einbezug der Wirtschaft zu verbessern. Neben den jungen Menschen profitieren auch die sächsischen Unternehmen von den Jugendberufsagenturen. Durch das Förderprogramm soll auch ein Beitrag zur Stärkung des Wirtschaftsstandorts Sachsen und des gesellschaftlichen Zusammenhalts erbracht werden.

„Keiner darf verloren gehen!“ – das gilt ganz besonders für junge Menschen auf ihrem Weg ins Berufsleben. Dazu sollen auf Basis der regionalen Bedarfe die Übergänge junger Menschen von der Schule in die Ausbildung und den Beruf bestmöglich gestaltet, Zeiten im Übergangssystem verkürzt und Abbrüche mit ihren demotivierenden Folgen vermieden werden. Grundlage dafür ist eine strukturierte Kooperation zwischen den Akteuren sowohl auf regionaler Ebene wie auch auf Landesebene.

Mit der „Vereinbarung zur Weiterentwicklung von Jugendberufsagenturen im Freistaat Sachsen zwischen den Staatsministerien für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr, für Kultus und für Soziales und Gesellschaftlichen Zusammenhalt und der Regionaldirektion Sachsen der Bundesagentur für Arbeit sowie den Kommunalen Spitzenverbänden“ vom 6. Januar 2017 (Anlage 1, im folgendem „Kooperationsvereinbarung“ genannt) wurde das fachlich-inhaltliche Fundament für die Weiterentwicklung des Ansatzes der Jugendberufsagentur im Freistaat Sachsen gelegt. Die Fachkräftestrategie 2030 für den Freistaat Sachsen untermauert

mit den prioritären Handlungsfeldern die Etablierung und Weiterentwicklung der Jugendberufsagenturen.

Das Sächsische Staatsministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr ruft daher die Landkreise und die kreisfreien Städte des Freistaates Sachsen sowie fachkundige Träger auf, Anträge für Projekte zur Umsetzung des Förderprogramms „JubaS“ einzureichen. Diese Projekte müssen geeignet sein, durch eine intensive, strukturierte Zusammenarbeit und Organisationsentwicklung in den Jugendberufsagenturen, junge Menschen hinsichtlich einer gelingenden biografischen Entwicklung am Übergang Schule–Beruf wirkungsvoll zu unterstützen. Die Förderung wird vorbehaltlich der Verfügbarkeit von Haushaltsmitteln gewährt.

## 2. Gegenstand der Förderung

Gefördert werden im Rahmen von „JubaS“ insbesondere regionale Kooperationsbündnisse auf Ebene der Landkreise/kreisfreien Städte sowie eine Landesservicestelle zur fachlich-inhaltlichen Begleitung des Förderprogramms auf Landesebene im Freistaat Sachsen.

### 2.1 Regionale Kooperationsbündnisse

Die Unterstützung der Landkreise und kreisfreien Städte erfolgt unter Beachtung der jeweiligen regionalen Ausgangs- und Bedarfslage. Die Jugendberufsagentur zeichnet sich durch die in Ziffer IV der Kooperationsvereinbarung (Anlage 1) aufgeführten Kriterien aus. Eine Zuständigkeits- und rechtskreisübergreifende Zusammenarbeit am Übergang Schule–Beruf ist Gegenstand der Förderung und bedeutet, dass Arbeitsagentur, Jobcenter, Jugendamt und weitere maßgebliche Akteure – insbesondere die allgemeinbildenden und berufsbildenden Schulen sowie die jeweiligen örtlich öffentlichen wie freien Träger und Wirtschaftsvertreter – ihre Angebote beziehungsweise bereits existierende Maßnahmen stärker koordinieren, aufeinander abstimmen und gemeinsame Fachkonzepte zum Übergang Schule–Beruf für die jeweilige Region erarbeiten und umsetzen.

Zu den Maßnahmen zählen insbesondere die Erarbeitung und die Umsetzung spezifischer regionaler Handlungsschwerpunkte.

Weiterhin sollen die regionalen Kooperationsbündnisse einen Beitrag zur Gestaltung und Weiterentwicklung einer transparenten und dauerhaften vernetzten Kooperations- und Unterstützungsstruktur auf kommunaler Ebene leisten. Die regionalen Unterstützungsangebote werden rechtskreisübergreifend „unter einem Dach“ gebündelt und mit regionalen Partnern abgestimmt, was auch „virtuell“ geschehen kann. Öffentliche und freie Träger sowie Schulen und Betriebe werden miteinander vernetzt und sollen mitgestalten. Darüber hinaus können weitere Maßnahmen zur Erfüllung des Ziels der Förderung unterstützt werden.

Zu den Aufgaben der regionalen Kooperationsbündnisse zählen insbesondere:

- Koordinierung des Zusammenwirkens der beteiligten Partner
- Weiterentwicklung und Steuerung der Umsetzung der regionalen Kooperationsvereinbarung
- Schaffung einer gemeinsamen Datenlage
- Umsetzung gemeinsamer Fallarbeit, Fallbesprechungen und Fallkonferenzen auf Organisationsebene
- Maßnahmen zur Erhöhung der Transparenz und der Öffentlichkeitsarbeit

- Maßnahmen zur Erprobung von Modellen und Initiativen zur Übergangsgestaltung und Ausbildungsgestaltung im Rahmen des kommunalen Übergangsmanagements
- Maßnahmen zur Etablierung und Einbindung von Schulen in das Übergangsmanagement
- Zusammenarbeit mit der Landesservicestelle und dem strategischen Gremium

Mit der Förderung der regionalen Kooperationsbündnisse wird die Verbesserung der Kooperations- und Unterstützungsstrukturen angestrebt. Es dürfen keine gesetzlichen Pflichtaufgaben ersetzt werden.

### 2.2 Landesservicestelle „JubaS“

Durch die Landesservicestelle soll eine kontinuierliche Qualitätssicherung und -entwicklung im Rahmen der Umsetzung von „JubaS“ gewährleistet werden. Eine wesentliche Grundlage bilden dabei der Erfahrungsaustausch, die Unterstützung der Zusammenarbeit zwischen den Akteuren sowie die Vernetzung zwischen den regionalen Kooperationsbündnissen.

Zu den Aufgaben der Landesservicestelle zählen insbesondere:

- Förderung des überregionalen Erfahrungsaustauschs (Tagungen, Workshops, und ähnliches) und landesweite Vernetzung der regionalen Kooperationsbündnisse
- Prozessgestaltung und fachlich-inhaltliche Begleitung sowie Weiterentwicklung der Jugendberufsagenturen
- Unterstützung des strategischen Gremiums auf Landesebene sowie Organisation von Dialogprozessen
- Unterstützung bei der Erarbeitung und Weiterentwicklung von Fachkonzepten
- Bedarfsorientierte Begleitung und Beratung insbesondere zur Konzept- und Qualitätsentwicklung
- Unterstützung in der Gestaltung der rechtskreisübergreifenden Zusammenarbeit
- Erstellung praxisorientierter Arbeitshilfen
- Öffentlichkeitsarbeit zur Steigerung der Wahrnehmung der Jugendberufsagenturen in ganz Sachsen
- Pflege und Weiterentwicklung des landesweiten Onlineauftritts
- Formulierung von Anregungen sowie inhaltliche Vorbereitung zur Vergabe von Studien und Gutachten zur Weiterentwicklung der Jugendberufsagenturen in Sachsen
- Fachlicher Austausch mit der Bundesservicestelle

Die Übernahme weiterer Aufgaben, die der Umsetzung des Förderprogramms dienen, ist nach Abstimmung mit der Bewilligungsstelle und dem Sächsischen Staatsministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr möglich.

## 3. Ziele der Förderung

Jugendberufsagenturen ermöglichen es, junge Menschen am Übergang Schule–Beruf über eine verbindliche und strukturierte Kooperation aller beteiligten Akteure zu unterstützen. Sie bilden gebündelt unter einem Dach ein ganzheitlich orientiertes und abgestimmtes Informations-, Beratungs-, Förder- und Begleitangebot entsprechend seiner individuellen Lebenslage. Dieser rechtskreisübergreifende Ansatz soll – unterstützt durch das Förderprogramm „JubaS“ – in allen Landkreisen und kreisfreien Städten auf Grundlage der Kooperationsvereinbarung (Anlage 1) umgesetzt und weiterentwickelt werden.

- 3.1 Das Förderprogramm „JubaS“ unterstützt alle Landkreise und kreisfreien Städte bei der Weiterentwicklung von Jugendberufsagenturen auf der Grundlage

regionaler Kooperationsvereinbarungen. Mit den Jugendberufsagenturen wird eine Angebotsstruktur angestrebt, die für junge Menschen gleichermaßen eine bedarfsgerechte, rechtskreisübergreifende Beratung gemäß Ziffer I der Kooperationsvereinbarung (Anlage 1) und Unterstützung im notwendigen Umfang ermöglicht.

- 3.2 Die Weiterentwicklung regionaler Kooperationsbündnisse soll gefördert werden, um funktionierende zuständigkeits- und rechtskreisübergreifende Kooperations- und Unterstützungsstrukturen für junge Menschen am Übergang Schule–Beruf weiter zu optimieren. Die Förderung soll insbesondere dazu dienen, Leistungen und Angebote der unterschiedlichen Rechtskreise und Projekte zu identifizieren, zu beschreiben und diese zu koordinieren, unterschiedliche Gesetzeslogiken und Organisationskulturen der Akteure zu reflektieren und Prozessabläufe im Hinblick auf die Zielstellung integrierend zu gestalten sowie erforderliche Grundlagen für eine abgestimmte und ganzheitliche Beratung und Begleitung der jungen Menschen zu schaffen.
- 3.3 Mit den für die regionalen Kooperationsbündnisse zur Verfügung gestellten Mitteln können, auch in Ergänzung zu den Bundes- und Landesprogrammen zur Unterstützung des Übergangs von der Schule in den Beruf, konkrete Bedarfe aufgegriffen und zur Übergangsgestaltung an der Schnittstelle Schule und Wirtschaft sowie zur regionalbezogenen Erhöhung von Attraktivität und Qualität der betrieblichen Berufsausbildung erprobt und etabliert werden.
- 3.4 Weiterhin soll das Förderprogramm die bessere Vernetzung und ein abgestimmtes Vorgehen der verschiedenen Partner fördern, einschließlich der Entwicklung und Schaffung verbindlicher Standards sowie deren gemeinsame Öffentlichkeitsarbeit unterstützen.
- 3.5 Ein strategisches Gremium auf Landesebene zusammenzusetzen mindestens aus den unmittelbar beteiligten Partnern Sächsischer Landkreistag (SLKT), Sächsischer Städte- und Gemeindetag (SSG), Regionaldirektion Sachsen der Bundesagentur für Arbeit, Sächsisches Staatsministerium für Soziales und Gesellschaftlichen Zusammenhalt (SMS), Sächsisches Staatsministerium für Kultus (SMK), Sächsisches Staatsministerium für Wissenschaft und Kunst (SMWK) und Sächsisches Staatsministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr (SMWA) soll den Prozess der Weiterentwicklung der Jugendberufsagenturen in Sachsen beratend begleiten.

#### **4. Zielgruppen der Jugendberufsagenturen**

- 4.1 Das Angebot der Jugendberufsagenturen steht grundsätzlich allen jungen Menschen offen, die in der Regel das 25. Lebensjahr noch nicht vollendet haben und sich am Übergang von der Schule in das Berufsleben befinden.
- 4.2 Insbesondere zu berücksichtigen sind junge Menschen, die in erhöhtem Maße auf Unterstützung und Förderung angewiesen sind sowie junge Menschen mit Migrationshintergrund.  
Das Bestreben ist, deren sozialen und persönlichen Entwicklungsweg von der Schule, über Ausbildung/Studium und Beschäftigung nachhaltig zu unterstüt-

zen. Durch die Einbeziehung möglichst aller Jugendlichen bereits während der Schulzeit soll eine Stigmatisierung von jungen Menschen aufgrund ihrer sozialen Herkunft verhindert werden.

#### **5. Zuwendungsempfänger**

- 5.1 Zuwendungsempfänger für Nummer 2.1 sind ausschließlich Landkreise und kreisfreie Städte.
- 5.2 Zuwendungsempfänger für Nummer 2.2 ist ein Träger (natürliche Personen mit Unternehmereigenschaft oder juristische Personen beziehungsweise Personenvereinigungen), der die unter Nummer 2.2 genannten Vorhaben durchführt.

#### **6. Zuwendungsvoraussetzungen**

Der Zuwendungsempfänger hat dafür Sorge zu tragen, dass das für die Projektdurchführung vorgesehene Personal über hinreichende Qualifikationen und Kenntnisse verfügt, die zur ordnungsgemäßen Erledigung der ihnen übertragenen Aufgaben erforderlich sind. Es wird erwartet, dass der Zuwendungsempfänger an einer eventuellen Evaluation durch Dritte mitwirkt und die regionalen Kooperationsbündnisse mit der Landesservicestelle und dem strategischen Gremium auf Landesebene vertrauensvoll zusammenarbeiten. Im Weiteren wird auf Ziffer V der Kooperationsvereinbarung (Anlage 1) verwiesen.

Die Förderung erfolgt auf Grundlage der Fachkräfterichtlinie, Buchstabe B Ziffer II in Verbindung mit Buchstabe B Ziffer I Nummer 8, veröffentlicht im Sächsischen Amtsblatt Nr. 20/2019 S. 722, vom 30. April 2019, in der jeweils geltenden Fassung.

##### **6.1 Regionale Kooperationsbündnisse**

Das einzureichende Fachkonzept enthält Aussagen insbesondere zu den Ziffern IV und V der Kooperationsvereinbarung (Anlage 1).

Der Antragsteller muss bei der Beantragung einer Zuwendung mit der Einreichung eines Fachkonzeptes auch eine verbindliche regionale Kooperationsvereinbarung mit den relevanten regionalen Akteuren vorlegen. Maßgebliche Akteure vor Ort sind die Agenturen für Arbeit, die Jobcenter, die Schulen, die Sozial- und Jugendämter sowie im Bedarfsfall anderer Rehabilitationsträger. Zwischen diesen sind insbesondere auf regionaler Ebene Kooperationen und enge Abstimmungsprozesse erforderlich. Die regionale Kooperationsvereinbarung enthält verbindlich vereinbarte Ziele, Aufgaben und Strukturen und wird an lokalen Handlungsbedarfen ausgerichtet.

##### **6.2 Landesservicestelle „JubaS“**

Die Antragsteller sollten über Kompetenz und Erfahrung im Bereich der Arbeits- und Ausbildungsmarktintegration von jungen Menschen sowie in der Begleitung von Förderprogrammen und in der Netzwerkarbeit verfügen und gut mit den relevanten Akteuren auf Landes- und Bundesebene vernetzt sein.

Die Antragsteller müssen über Kenntnisse des sächsischen Ausbildungs- und Arbeitsmarktes sowie der vorhandenen Programme und Leistungen des Bundes und des Landes zur Arbeits- und Ausbildungsmarktintegration von jungen Menschen verfügen.

## 7. Laufzeit und Bewilligungszeitraum

Eine Zuwendung für die Projekte nach Nummer 2.1 und 2.2 kann für eine Projektlaufzeit von bis zu 36 Monaten gewährt werden.

## 8. Art, Höhe und Umfang der Zuwendung

- 8.1 Die Zuwendungen werden im Rahmen der Projektförderung in Form eines nicht rückzahlbaren Zuschusses als Anteilsfinanzierung gewährt.
- 8.2 Die Zuwendung beträgt bis zu 100 Prozent der für die Maßnahme als zuwendungsfähig anerkannten Ausgaben.
- 8.3 Zuwendungsfähig sind ausschließlich projektbezogene Personal- und Sachausgaben, die unter Beachtung der Grundsätze der Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit für die Erreichung des Zweckes notwendig sind.
- 8.4 Nicht zuwendungsfähig sind investive Ausgaben und Abschreibungen sowie Ausgaben/Kosten, die im Zusammenhang mit der Erfüllung gesetzlicher Pflichtaufgaben stehen.
- 8.5 Je Landkreis beziehungsweise Kreisfreier Stadt in Sachsen wird in der Regel ein regionales Kooperationsbündnis gefördert.
- 8.6 Darüber hinaus wird ein Projekt zur fachlich-inhaltlichen Unterstützung in Form einer Landesservicestelle gefördert.
- 8.7 Zur Umsetzung der regionalen Kooperationsbündnisse nach Nummer 2.1 können Zuwendungen anhand folgender Orientierungswerte gemäß Projektlaufzeit nach Nummer 7 gewährt werden:

Kreisfreie Stadt/Landkreis	Orientierungswert in EUR
Chemnitz, Stadt	140.300,00
Erzgebirgskreis	173.050,00
Mittelsachsen	158.350,00
Vogtlandkreis	112.550,00
Zwickau	161.800,00
Dresden, Stadt	377.350,00
Bautzen	152.750,00
Görlitz	129.800,00
Meißen	125.800,00
Sächsische Schweiz-Osterzgebirge	130.700,00
Leipzig, Stadt	403.950,00
Landkreis Leipzig	132.350,00
Nordsachsen	101.250,00

Der jeweilige Orientierungswert basiert ausgehend vom Gesamtbudget auf der Anzahl der in der Region lebenden jungen Menschen (11 bis unter 25 Jahre) zum Stichtag 31. Dezember 2020.

Die ausgewiesene maximale Zuwendung je Kreisfreier Stadt beziehungsweise Landkreis bezieht sich auf die Haushaltsjahre 2022 bis 2024 insgesamt. Sollten die vorhandenen Mittel für einzelne Landkreise oder Kreisfreie Städte nicht ausgeschöpft werden, können diese ungenutzten Mittel zur Deckung von Mehrbedarfen in anderen Landkreisen oder Kreis-

freien Städten genutzt werden. Hierüber entscheidet die Bewilligungsstelle in Abstimmung mit dem Sächsischen Staatsministeriums für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr.

- 8.8 Zur Umsetzung der Landesservicestelle können entsprechende Zuwendungen nach Nummer 2.2 gewährt werden.

## 9. Verfahren

- 9.1 Ansprechpartner für Beratung und Antragstellung sowie Bewilligungsstelle ist die Sächsische Aufbaubank – Förderbank – (SAB)  
Sitz: Leipzig  
Geschäftsadresse:  
Abteilung Bildung  
Pirnaische Straße 9  
01069 Dresden  
Telefon: 0351 4910-4930  
Telefax: 0351 4910-1015  
E-Mail-Adresse: bildung@sab.sachsen.de  
www.sab.sachsen.de
- 9.2 Die Auswahl der Projektträger erfolgt unter Berücksichtigung der vorhandenen Haushaltsmittel.
- 9.3 Mit dem Projektantrag (SAB Vordruck 62083 für 2.1 oder 61029 für 2.2) sind folgende Unterlagen einzureichen:
- aussagekräftige Projektbeschreibung für Projekte nach Nummer 2.1 und 2.2
  - regionales Fachkonzept zur Umsetzung von Jugendberufsagentur einschließlich regionaler Kooperationsvereinbarung mit relevanten Akteuren für Projekte nach Nummer 2.1.
  - Qualifikationsnachweise des eingesetzten Personals sowie Nachweise zur Fachkunde und Erfahrung des Trägers für Projekte nach Nummer 2.2.
- 9.4 Projektanträge sind in einfacher Ausfertigung (Papierform, nicht gebunden) bei der SAB für Projekte nach Nummer 2.1 (SAB Vordruck 62083) bis zum 15. Oktober 2021 und für Projekte nach Nummer 2.2 (SAB Vordruck 61029) bis zum 15. Oktober 2021 einzureichen. Maßgeblich ist das Datum des Eingangsstempels der SAB. Der Projektantrag sowie Anlagen sind gleichzeitig in elektronischer Form an die SAB zu schicken (E-Mail-Adresse: bildung@sab.sachsen.de).
- 9.5 Die Bewilligungsstelle prüft unter Einbeziehung des Sächsischen Staatsministeriums für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr und weiterer Stellen die Förderfähigkeit und Förderwürdigkeit der eingereichten Projektanträge. Der Antrag ist klar, prägnant und aussagekräftig zu formulieren.
- 9.6 Die Auswahl erfolgt auf Basis der in den Anträgen getroffenen Aussagen.
- 9.6.1 Regionale Kooperationsbündnisse
- Es wird auf Nummer 2.1 zu Aufgaben und auf Nummer 6.1 hinsichtlich der Zuwendungsvoraussetzungen für die regionalen Kooperationsbündnisse verwiesen. Mit den Vorhaben darf erst nach entsprechender Genehmigung begonnen werden.

### 9.6.2 Landesservicestelle „JubaS“

Für die fachlich-inhaltliche Auswahl werden folgende Bewertungskriterien mit angegebener Gewichtung herangezogen:

1. Zielerreichung, Arbeitsschritte und Dokumentation (70 Prozent):
  - Darstellung, wie die unter Nummer 2.2 genannten Aufgaben ausgestaltet werden
2. Kompetenz und Erfahrung des Projektträgers (15 Prozent)
  - inhaltliche Kompetenz des Antragstellers und des geplanten Personals
  - Referenzen, gegebenenfalls Berücksichtigung vorhandener Ergebnisse aus Vorprojekten
  - Darstellung, der unter Nummer 6.2 genannten Kenntnisse, Kompetenzen und Erfahrungen

3. Gesamtausgaben, Wirtschaftlichkeit (15 Prozent)
  - Gesamtausgaben/-kosten des Projektes, angemessenes Kosten-Nutzen-Verhältnis, Effizienz
  - plausible Darstellung der beantragten Förderung, die notwendig und angemessen ist, um das Ziel des Projektes zu erreichen

Einen Zusatzpunkt erhalten Antragsteller, die eine Entlohnung der mit der Vorhabensumsetzung betrauten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter nach einem Tarifvertrag mit einer tariffähigen Gewerkschaft bestätigen. Der Antragsteller muss bereit sein, sein fachliches Konzept zur Umsetzung der Landesservicestelle vorzustellen.

Die Landesservicestelle soll ab dem 1. März 2022 in der 2. Förderperiode tätig werden.

Mit den Vorhaben darf erst nach entsprechender Genehmigung begonnen werden.

Dresden, den 1. September 2021

Sächsisches Staatsministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr  
Helmut Stier  
Referatsleiter

# **Bekanntmachung des Sächsischen Staatsministeriums für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr über einen Förderaufruf zur Teilnahme am wettbewerblichen Verfahren zum Förderprogramm InnoStartBonus**

**Vom 2. September 2021**

Das Sächsische Staatsministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr fördert mit der Richtlinie InnoStartBonus innovative Unternehmensgründungen.

## **I.**

### **Ziele, Fördergegenstand und weitere Voraussetzungen**

1. Die Förderung soll potenzielle Gründerinnen und Gründer dabei unterstützen, ihre Geschäftsidee in Bezug auf neue innovative Produkte oder Dienstleistungen beziehungsweise Geschäftsmodelle weiterzuentwickeln und zum Erfolg zu bringen. Sie soll Gründerinnen und Gründern in der Phase vor und zu Beginn ihrer innovativen Existenzgründung gewährt werden. Eine Gründung aus dem Nebenerwerb ist zulässig. Dabei soll die Förderung die Überführung der Gründung aus dem Nebenerwerb in den Haupterwerb unterstützen.
2. Der Freistaat Sachsen beabsichtigt mit diesem sechsten Aufruf Gründerinnen oder Gründer mit innovativen Geschäftsideen auszuwählen und in Höhe von jeweils 1 000 Euro pro Monat zuzüglich einem monatlichen Kinderbonus in Höhe von 100 Euro pro unterhaltspflichtigem Kind über einen Zeitraum von bis zu 12 Monaten zu fördern. Rechtsgrundlage der Förderung ist die Richtlinie des Sächsischen Staatsministeriums für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr (SMWA) über die Gewährung von Zuwendungen für innovative Unternehmensgründungen vom 20. August 2020 (Richtlinie InnoStartBonus vom 20. August 2020 [SächsABl. S. 1024]). Soweit in diesem Förderaufruf nicht anders ausgeführt wird, gelten die Bestimmungen der Förderrichtlinie InnoStartBonus.
3. Die Förderung setzt voraus, dass die Gründerinnen und Gründer beabsichtigen, ein innovatives Gründungsvorhaben umzusetzen und ihre Geschäftsidee in eine tatsächliche Gründung münden lassen. Als innovativ gilt eine Geschäftsidee oder ein Gründungsvorhaben, wenn sie oder es die Realisierung von etwas Neuem mit Marktpotenzial beinhaltet oder eine Neuerung umfasst, die zum Beispiel eine wesentliche Verbesserung eines Produkts oder einer Dienstleistung mit einem gesteigerten Kundennutzen hervorruft. Dies kann zum Beispiel eine Produkt- oder Dienstleistungsinnovation, Prozess- oder Verfahrensinnovation oder Geschäftsmodellinnovation sein.
4. Das neu zu gründende Unternehmen muss seinen Sitz im Freistaat Sachsen haben. Die Gründung darf zum Zeitpunkt der Bewilligung noch nicht erfolgt sein. Ausgenommen davon ist die Überführung einer Gründung aus dem Nebenerwerb in den Haupterwerb.
5. Vor Antragstellung und Bewilligung der Zuwendung ist ein wettbewerbliches Verfahren zu durchlaufen. Ein Anspruch auf Förderung entsteht daraus nicht.

## **II.**

### **Grundsätzliche Anforderungen, Zielgruppe**

1. Der Förderaufruf richtet sich sachsenweit an potenzielle Gründerinnen und Gründer mit innovativen Geschäftsideen und dem Ziel einer tatsächlichen Unternehmensgründung innerhalb von 12 Monaten.
2. Die Gründerinnen und Gründer müssen mindestens 18 Jahre alt sein und ihren Hauptwohnsitz im Freistaat Sachsen haben. Zugelassen sind auch Gründungsteams, wobei innerhalb eines Teams nur maximal zwei Personen förderfähig sind. Frauen werden ermutigt, sich mit Gründungsvorhaben für den InnoStartBonus zu bewerben.
3. Nicht gefördert werden Studierende, Hochschulabsolventen und Absolventen von Berufsakademien, wissenschaftliches Personal von Hochschulen, Berufsakademien oder Forschungseinrichtungen sowie ehemaliges wissenschaftliches Personal, die im Rahmen von einem mindestens aus zwei Personen bestehenden Team (Gründungsteam) die Gründung eines innovativen Unternehmens beabsichtigen, dessen Aufwendungen für Forschung und Entwicklung auf der Basis eines bereits vorliegenden Businessplans mindestens 15 Prozent seiner gesamten Betriebsausgaben<sup>1</sup> betragen.
4. Der Ausschluss nach Nummer 3 gilt nicht für Personen aus den dort genannten Personengruppen, soweit der Antragsteller als Einzelperson oder in einem Team mit anderen Personen, die nicht einer unter Nummer 3 genannten Personengruppe angehören, ein Unternehmen gründen möchte. Ebenso gilt dieser Ausschluss nicht für Personen, bei denen der Hochschulabschluss, der Abschluss an einer Berufsakademie oder das letzte versicherungspflichtige Arbeitsverhältnis an einer Hochschule, einer Berufsakademie oder einer Forschungseinrichtung länger als zehn Jahre zurückliegt.
5. Von der Förderung ausgeschlossen sind Personen, die eine Leistung nach § 137 des Dritten Buches Sozialgesetzbuch – Arbeitsförderung – (Artikel 1 des Gesetzes vom 24. März 1997, BGBl. I S. 594, 595), das zuletzt durch Artikel 6 des Gesetzes vom 14. Juli 2020 (BGBl. I S. 1683) geändert worden ist, in Verbindung mit einem nach den §§ 93, 94 des Dritten Buches Sozialgesetzbuch gewährtem Gründungszuschuss beziehungsweise nach § 7 des Zweiten Buches Sozialgesetzbuch – Grundsicherung für Arbeitsuchende – in der Fassung der Bekanntmachung vom 13. Mai 2011 (BGBl. I S. 850, 2094), das zuletzt durch Artikel 2 des Gesetzes vom 12. August 2020 (BGBl. I S. 1879) geändert worden

<sup>1</sup> Zuwendungsempfänger und Zuwendungsvoraussetzungen gemäß Großbuchstabe C Ziffer II und III der ESF-Richtlinie Unternehmensgründungen aus der Wissenschaft vom 31. August 2020 (SächsABl. S. 1047)

ist, in Verbindung mit einem nach § 16b des Zweiten Buches Sozialgesetzbuch gewährtem Einstiegsgeld in Anspruch nehmen.

6. Neben der Arbeit am Gründungsvorhaben sind während des Bewilligungszeitraums andere entgeltliche Tätigkeiten durch den Zuwendungsempfänger im Umfang von mehr als 15 Stunden pro Woche ausgeschlossen.
7. Der Aufruf zur Einreichung innovativer Geschäftsideen ist branchenoffen; dieser Förderaufruf ist zudem für innovative Geschäftsideen in den Bereichen Primärerzeugung landwirtschaftlicher Erzeugnisse, Fischerei und Aquakultur geöffnet.

### III.

#### Auswahlverfahren

##### 1. Ideenpapier mittels onlinebasiertem Bewerbungsverfahren

Die innovative Geschäftsidee ist mit einem Ideenpapier über ein onlinebasiertes Bewerbungsportal bei der futureSAX GmbH einzureichen, das folgendes enthalten muss:

- a) Angaben zur Gründerpersönlichkeit/Gründerteam,
- b) Angaben zum Kundennutzen, Innovationsgehalt oder Neuartigkeit der Geschäftsidee,
- c) Angaben zum adressierten Markt, Wettbewerbssituation,
- d) Angaben zur Machbarkeit,
- e) Angaben zur Branche und dem Bedarf.

##### 2. Voraussetzungen zur Auswahl

Die Auswahl zur Förderung setzt voraus:

- a) Abgabe des Ideenpapiers auf der Basis eines onlinebasierten Fragebogens, mit innovativer Geschäftsidee,
- b) die Einhaltung der in der Richtlinie geforderten Rahmenbedingungen,
- c) die persönliche Präsentation des Gründers oder des Gründerteams,
- d) ein vom Sächsischen Staatsministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr bei der futureSAX GmbH eingesetztes Expertengremium gibt ein positives Votum zur Förderwürdigkeit des Gründungsvorhabens ab.

##### 3. Schritte zur Auswahl

- a) Bewertung des online eingereichten Ideenpapiers durch das Expertengremium mit Fokus auf die unter Ziffer III Nummer 1 vorgegebenen Kriterien und Nominierung der Präsentierenden vor Expertengremium (Stufe 1),
- b) Persönliche Präsentation vor dem Expertengremium (Stufe 2),
- c) Anschließend stellt das Expertengremium ein Votum zur Förderwürdigkeit aus.
- d) Die Sächsische Aufbaubank – Förderbank (SAB) als zuständige Bewilligungsstelle entscheidet über die Förderung der ausgewählten Projektideen innerhalb von vier Wochen nach Antragstellung bei der SAB.

### IV.

#### Zeitlicher Ablauf

1. Das Bewerbungs- und Auswahlverfahren erfolgt online über die:  
*futureSAX GmbH, Anton-Graff-Straße 20, 01309 Dresden*  
**[www.futureSAX.de/InnoStartBonus](http://www.futureSAX.de/InnoStartBonus)**
2. Die Frist zur Online-Einreichung der Ideenpapiere beginnt mit Bekanntmachung dieses Aufrufs und endet am **19. Oktober 2021**.
3. Die persönliche Präsentation der Gründerinnen und Gründer sowie die Beratung zur Förderwürdigkeit der Vorhaben schließt das Expertengremium voraussichtlich am **11. und 12. November 2021** ab.
4. Das Förderverfahren beginnt anschließend nach dem Auswahlverfahren mit der Antragstellung. Ansprechpartner für Antragstellung und Bewilligung ist die:  
**Sächsische Aufbaubank – Förderbank (SAB)**  
Abteilung Bildung  
Pirnaische Straße 9  
01069 Dresden  
E-Mail-Adresse: [bildung@sab.sachsen.de](mailto:bildung@sab.sachsen.de)  
[www.sab.sachsen.de](http://www.sab.sachsen.de)
5. Förderbeginn ist voraussichtlich im **Januar 2022**. Art, Umfang und Höhe der Zuwendung richtet sich nach den Regelungen der Förderrichtlinie InnoStartBonus.
6. Der Förderzeitraum gliedert sich in zwei sechsmonatige Begleitphasen. Die ausgewählten und mit positivem Förderantrag beschiedenen Bewerber treten unmittelbar nach Erhalt des Förderbescheids in die erste Phase ein. Sie werden im Rahmen der begleitenden Öffentlichkeitsarbeit zum Modellprojekt bekanntgegeben und auf der futureSAX-Webseite vorgestellt. Zu Beginn der ersten Förderphase steht ein individuelles Auftaktgespräch („Kick-off-Gespräch“) bei futureSAX an. Dabei werden dem Gründer die Möglichkeiten und Angebote der Innovationsplattform erläutert und individuell passende Empfehlungen zu Kontakten aus dem futureSAX-Netzwerk gegeben. Bereits in dieser Phase stehen dem zukünftigen Gründer alle Veranstaltungsformate und Angebote von futureSAX zur Verfügung. Die Gründer werden in die vorhandenen Netzwerkaktivitäten eingebunden.
7. Bevor der angehende Gründer in die zweite Förderphase eintritt, erfolgt ein „Follow-up-Meeting“ mit futureSAX. Ziel ist die Abstimmung der nächsten Meilensteine für die zweite Förderperiode. Die Teilnahme an den Begleitterminen bestätigt futureSAX auf einem von der SAB bereitgestellten Formblatt, das die Gründer dort einreichen. Spätestens nach sechs Monaten und folglich zum Abschluss der ersten Phase soll die Gründung (Gewerbeanmeldung) erfolgen.
8. Die zweite Begleitphase endet nach sechs Monaten mit einem „Wrap-up-Gespräch“.

Dresden, den 2. September 2021

Sächsisches Staatsministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr  
Claudia Weber  
Referatsleiterin



# **Landesdirektion Sachsen**

## **Bekanntmachung der Landesdirektion Sachsen zur Entstehung der Hestia Stiftung**

**Gz.: 20-2245/679/1**

**Vom 18. August 2021**

Durch Anerkennung der Landesdirektion Sachsen vom 16. August 2021 ist die mit Stiftungsgeschäft vom 13. Juli 2021 errichtete „Hestia Stiftung“ als rechtsfähige Stiftung des bürgerlichen Rechts mit Sitz in Bannewitz entstanden. Zwecke der Stiftung sind die finanzielle beziehungsweise materielle Unterstützung der Familie des Stifters, in erster Linie seiner Ehefrau sowie seiner leiblichen, mit ihm fortlaufend in gerader absteigender Linie verwandten Abkömmlinge, unter Einbeziehung von adoptierten Abkömmlingen.

Die Stiftung dient auch der finanziellen Unterstützung des Stifters im Notfall, bei Krankheit, Unfall oder Behinderung.

Diese Bekanntmachung kann auch auf der Internetseite der Landesdirektion Sachsen unter <http://www.lids.sachsen.de/bekanntmachung> unter der Rubrik Inneres, Soziales und Gesundheit – Kommunalwesen eingesehen werden.

Dresden, den 18. August 2021

Landesdirektion Sachsen  
Koller  
Abteilungsleiter

## **Bekanntmachung der Landesdirektion Sachsen zur Entstehung der Hanten-Schmidt-Foundation**

**Gz.: 20-2245/680/1**

**Vom 18. August 2021**

Durch Anerkennung der Landesdirektion Sachsen vom 16. August 2021 ist die von Frau Sasa Hanten-Schmidt und Herrn Klaus F. K. Schmidt mit Stiftungsgeschäft vom 15. Juli 2021 errichtete „Hanten-Schmidt-Foundation“ als rechtsfähige Stiftung des bürgerlichen Rechts mit Sitz in Dresden entstanden.

Die Stiftung verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke, nämlich die Förderung von Kunst sowie

von Wissenschaft und Forschung zur Bewahrung, Pflege, Erweiterung und Vermittlung der öffentlichen Zugänglichkeit von künstlerischen Arbeiten des 20. und 21. Jahrhunderts und der Erforschung der Soziologie des Sammelns.

Diese Bekanntmachung kann auch auf der Internetseite der Landesdirektion Sachsen unter <http://www.lids.sachsen.de/bekanntmachung> unter der Rubrik Inneres, Soziales und Gesundheit – Kommunalwesen eingesehen werden.

Dresden, den 18. August 2021

Landesdirektion Sachsen  
Koller  
Abteilungsleiter

**Bekanntmachung  
der Landesdirektion Sachsen  
über die Genehmigung der 3. Änderungssatzung zur Verbandssatzung  
des Wasserverbandes Döbeln-Oschatz**

**Gz.: 20-2217/105/5**

**Vom 2. September 2021**

Die Landesdirektion Sachsen hat mit Bescheid vom 28. Juli 2021 auf der Grundlage von § 61 Absatz 1 in Verbindung mit § 26 Absatz 3 des Sächsischen Gesetzes über kommunale Zusammenarbeit in der Fassung der Bekanntmachung vom 15. April 2019 (SächsGVBl. S. 270) die von der Verbandsversammlung am 14. Juni 2021 beschlossene 3. Änderungssatzung zur Verbandssatzung des Wasserverbandes Döbeln-Oschatz genehmigt.

Die 3. Änderungssatzung zur Verbandssatzung tritt am Tage nach der öffentlichen Bekanntmachung der Genehmigung und der Satzung im Sächsischen Amtsblatt in Kraft.

Diese Bekanntmachung kann auch auf der Internetseite der Landesdirektion Sachsen unter <http://www.lids.sachsen.de/bekanntmachung> unter der Rubrik Inneres, Soziales und Gesundheit – Kommunalwesen eingesehen werden.

Leipzig, den 2. September 2021

Landesdirektion Sachsen  
Klingberg  
Referent  
in Vertretung des Referatsleiters

### 3. Änderungssatzung zur Verbandssatzung des Wasserverbandes Döbeln-Oschatz

Aufgrund

- §§ 26, 48 und 61 des Sächsischen Gesetzes über kommunale Zusammenarbeit (SächsKomZG) vom 15. April 2019 (SächsGVBl. S. 270) und
  - § 4 der Sächsischen Gemeindeordnung (SächsGemO) in der Fassung der Bekanntmachung vom 9. März 2018 (SächsGVBl. S. 62), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 16. Dezember 2020 (SächsGVBl. S. 722)
- hat die Verbandsversammlung des Wasserverbandes Döbeln-Oschatz am 14.06.2021 folgende 3. Änderungssatzung zur Verbandssatzung beschlossen:

#### I.

#### Änderungen:

§ 2 Abs. 4 wird wie folgt um Satz 3 ergänzt

Der Zweckverband kann weiterhin Verträge Dritten zu Dienstleistungen auf dem Gebiet der Abwasserbeseitigung anbieten oder solche Angebote Dritter annehmen.

§ 11 Abs. 1, Satz 1 wird wie folgt geändert

Der Verwaltungsrat ist einzuberufen, wenn es die Geschäftslage erfordert, mindestens jedoch **zweimal** jährlich.

Anlage 1 zu § 1 (1) wird wie folgt geändert

Die Gemeinde Mochau wurde in die Stadt Döbeln eingemeindet.

Die Gemeinde Mochau ist daher ersatzlos aus der Anlage 1 zu § 1 (1) zu streichen.

#### II.

#### Inkrafttreten

Diese 3. Änderungssatzung zur Verbandssatzung tritt am Tag nach ihrer öffentlichen Bekanntmachung im Sächsischen Amtsblatt und ihrer Genehmigung durch die Rechtsaufsichtsbehörde in Kraft.

Döbeln, den 14.06.2021

Löwe

Verbandsvorsitzender

#### Hinweis gemäß § 4 Absatz 4 der Sächsischen Gemeindeordnung in Verbindung mit § 47 Absatz 2 des Sächsischen Gesetzes über kommunale Zusammenarbeit

Satzungen, die unter Verletzung von Verfahrens- oder Formvorschriften zustande gekommen sind, gelten ein Jahr nach ihrer Bekanntmachung als von Anfang an gültig zustande gekommen.

Dies gilt nicht, wenn

1. die Ausfertigung der Satzung nicht oder fehlerhaft erfolgt ist,
2. Vorschriften über die Öffentlichkeit der Sitzung, die Genehmigung oder die Bekanntmachung der Satzung verletzt worden sind,

3. der Verbandsvorsitzende dem Beschluss nach § 52 Absatz 2 der Sächsischen Gemeindeordnung wegen Gesetzwidrigkeit widersprochen hat,
4. vor Ablauf der in Satz 1 genannten Frist
  - a) die Rechtsaufsichtsbehörde den Beschluss beanstandet hat oder
  - b) die Verletzung der Verfahrens- oder Formvorschriften gegenüber dem Zweckverband unter Bezeichnung des Sachverhalts, der die Verletzung begründen soll, schriftlich geltend gemacht worden ist.

Ist eine Verletzung nach Satz 2 Nummer 3 oder 4 geltend gemacht worden, so kann auch nach Ablauf der in Satz 1 genannten Frist jedermann diese Verletzung geltend machen.

## **Andere Behörden und Körperschaften**

### **Bekanntmachung des Staatsbetriebes Geobasisinformation und Vermessung Sachsen über das Erlöschen des Amtes eines Öffentlich bestellten Vermessungsingenieurs, die Bestellung eines Öffentlich bestellten Vermessungsingenieurs und die Bestellung eines Amtsverwalters**

**Vom 1. September 2021**

Das Amt des Öffentlich bestellten Vermessungsingenieurs Dipl.-Ing. (FH) Uwe Hering mit Amtssitz in Pirna ist mit Ablauf des 31. August 2021 erloschen.

Der Staatsbetrieb Geobasisinformation und Vermessung Sachsen hat für den Freistaat Sachsen gemäß § 20 Absatz 1 Satz 1 des Sächsischen Vermessungs- und Katastergesetzes vom 29. Januar 2008 (SächsGVBl. S.138, 148), das zuletzt durch Artikel 15 der Verordnung vom 12. April 2021 (SächsGVBl. S. 517) geändert worden ist, Herrn Hol-

ger Hering, M.Eng. mit Amtssitz in Pirna mit Wirkung vom 1. September 2021 zum Öffentlich bestellten Vermessungsingenieur bestellt.

Zur Abwicklung der Geschäfte von Herrn Dipl.-Ing. (FH) Uwe Hering wurde gemäß § 25 Absatz 1 des Sächsischen Vermessungs- und Katastergesetzes mit Wirkung vom 1. September 2021 Herr Holger Hering, M.Eng., Öffentlich bestellter Vermessungsingenieur mit Amtssitz in Pirna, als Amtsverwalter bestellt.

Dresden, den 1. September 2021

Staatsbetrieb Geobasisinformation und Vermessung Sachsen  
Rothenberger-Temme  
Geschäftsführer

**Bekanntmachung  
des Landratsamtes Görlitz  
über die Neufassung der Verbandssatzung  
des Abwasserzweckverbandes „Unteres Pließnitztal-Gaule“  
vom 29. Juni 2021**

**Vom 31. August 2021**

Das Landratsamt Görlitz hat als zuständige Rechtsaufsichtsbehörde mit Bescheid vom 27. Juli 2021 die von der Versammlung des Abwasserzweckverbandes „Unteres Pließnitztal-Gaule“ mit Beschluss Nummer 03/2021 am 29. Juni 2021 beschlossene Neufassung der Verbandssatzung des Abwasserzweckverbandes „Unteres Pließnitztal-Gaule“ genehmigt. Der Abwasserzweckverband „Unteres Pließnitztal-Gaule“ hat auf die Inanspruchnahme von Rechtsmitteln gegen diesen rechtsaufsichtlichen Bescheid am 6. August 2021 verzichtet.

Rechtsgrundlage dieser Genehmigung ist § 61 Absatz 1 in Verbindung mit § 26 Absatz 2 des Sächsischen Gesetzes über kommunale Zusammenarbeit in der Fassung der Bekanntmachung vom 15. April 2019 (SächsGVBl. S. 270). Gemäß § 61 Absatz 1 und § 12 Absatz 1 des Sächsischen Gesetzes über kommunale Zusammenarbeit wird hiermit die Genehmigung der Neufassung der Verbandssatzung des Abwasserzweckverbandes „Unteres Pließnitztal-Gaule“ erteilt und bekannt gemacht.

Görlitz, den 31. August 2021

Landratsamt Görlitz  
Lange  
Landrat

## **Verbandssatzung des Abwasserzweckverbandes „Unteres Pließnitztal-Gaule“**

Auf der Grundlage der §§ 61 Absatz 1, 26 Absatz 1 und 3 des Sächsischen Gesetz über kommunale Zusammenarbeit (SächsKomZG) vom 13. Dezember 2017 (SächsGVBl. S. 626), in der Fassung der Bekanntmachung vom 15. April 2019 (SächsGVBl. S. 270), hat die Verbandsversammlung des Abwasserzweckverbandes „Unteres Pließnitztal-Gaule“ am 29. Juni 2021 die folgende Neufassung der Verbandssatzung beschlossen.

### **§ 1**

#### **Name, Sitz und Rechtsstellung**

(1) Der Verband führt den Namen Abwasserzweckverband „Unteres Pließnitztal-Gaule“ (nachfolgend Zweckverband genannt).

(2) Der Zweckverband hat seinen Sitz in 02899 Schönau-Berzdorf a. d. Eigen, Am Gemeindeamt 3.

(3) Der Zweckverband ist eine Körperschaft des öffentlichen Rechts.

### **§ 2**

#### **Verbandsmitglieder**

(1) Verbandsmitglieder sind:

- die Stadt Bernstadt a. d. Eigen mit allen Ortsteilen und
- die Gemeinde Schönau-Berzdorf a. d. Eigen mit allen Ortsteilen

(2) Andere Gemeinden, Verbände (z. B. Zweckverbände) oder andere Körperschaften können dem Zweckverband nach Maßgabe des § 44 SächsKomZG beitreten.

(3) <sup>1</sup>Der Beitritt weiterer Verbandsmitglieder bedarf einer Änderung dieser Satzung und der Genehmigung der Rechtsaufsichtsbehörde. <sup>2</sup>Über den Beitritt und die Beitrittsbedingungen (z. B. Beteiligungsquote und Auswirkungen auf das Stimmrecht) entscheidet die Verbandsversammlung.

### **§ 3**

#### **Verbandsgebiet**

Der räumliche Wirkungskreis des Zweckverbandes umfasst das gesamte Gebiet der folgenden Mitgliedsgemeinden:

- Stadt Bernstadt a. d. Eigen und
- Gemeinde Schönau-Berzdorf a. d. Eigen.

### **§ 4**

#### **Aufgaben**

(1) <sup>1</sup>Der Zweckverband hat die Aufgabe, für und anstelle seiner Mitglieder für das in § 3 genannte Gebiet hinsichtlich der Abwasserentsorgung die öffentliche Abwasserbeseitigung im Sinne des § 50 SächsWG durchzuführen. <sup>2</sup>Er hat insbesondere alle Abwasserbeseitigungsanlagen zu errichten, zu unterhalten, zu erweitern und zu betreiben.

(2) Die Entsorgung von Niederschlagswasser einschließlich der Straßenentwässerung sowie die Planung, Errichtung, Erneuerung, Betreibung, Unterhaltung und Ver-

waltung der dafür notwendigen Anlagen ist keine Aufgabe des Zweckverbandes.

(3) <sup>1</sup>Für die Planung, Anschaffung, Herstellung, Aussonderung, Stilllegung, Verbesserung, Betreibung, Unterhaltung u. ä. der für die Aufgabenerfüllung des Zweckverbandes notwendigen Verbandsanlagen ist der Zweckverband verantwortlich. <sup>2</sup>Die Verbandsanlagen sind in Anlage 1 zu dieser Satzung aufgeführt.

(4) <sup>1</sup>Sämtliche Rechte und Pflichten der Verbandsmitglieder zur Abwasserbeseitigung und die damit verbundenen Befugnisse und Verpflichtungen gegenüber Anschlussnehmern und Dritten gehen in vollem Umfang auf den Zweckverband über. <sup>2</sup>Dies gilt insbesondere für das Recht, Abgaben zu erheben. <sup>3</sup>Die Verbandsmitglieder unterstützen den Zweckverband bei der Erfüllung seiner Aufgaben.

(5) <sup>1</sup>Der Zweckverband ist für die in § 3 genannten Gebiete der Verbandsmitglieder gemäß § 8 Absatz 1 Satz 1 des Sächsischen Ausführungsgesetzes zum Abwasserabgabengesetz (SächsAbwAG) vom 5. Mai 2004 in der jeweils gültigen Fassung anstelle von Kleineinleitern abgabepflichtig. <sup>2</sup>Zur Deckung der dem Zweckverband dabei entstehenden Aufwendungen hat der Zweckverband das Recht, gemäß § 8 Absatz 2 SächsAbwAG von dem jeweiligen Einleiter oder von den Eigentümern oder an deren Stelle von den dinglich Nutzungsberechtigten des Grundstücks eine Abgabe nach einer gesonderten Satzung zu erheben.

(6) Der Zweckverband kann auch Anlagen Dritter zur öffentlichen Abwasserbeseitigung käuflich erwerben, pachten oder auf vertraglicher Basis betreiben sowie Verträge zur Betreibung von Anlagen schließen.

(7) <sup>1</sup>Der Zweckverband verfolgt keine Gewinnerzielungsabsicht. <sup>2</sup>Er kann sich zur Erfüllung seiner Aufgaben Dritter bedienen, soweit die Grundsätze dieser Satzung dem nicht entgegenstehen.

### **§ 5**

#### **Benutzung der Grundstücke für den Zweckverband**

Die Verbandsmitglieder sind verpflichtet, in ihrem Eigentum stehende Grundstücke und sonstige dingliche Nutzungsrechte zur Durchführung der Zweckverbandsaufgaben, soweit es die Vorhaben erfordern, zur Verfügung zu stellen und einzuräumen.

### **§ 6**

#### **Beteiligungsquoten**

(1) <sup>1</sup>Die Beteiligungsquoten der Verbandsmitglieder richtet sich nach der Zahl der natürlichen Einwohner der Mitgliedsgemeinde bezogen auf die Zahl der Einwohner des Verbandsgebietes. <sup>2</sup>Für das laufende Jahr ist die tatsächliche Einwohnerzahl Stand 30. Juni des Vorjahres nach Angaben des Statistischen Landesamtes Kamenz maßgebend. <sup>3</sup>Die Fortschreibung der Beteiligungsquote liegt auf der Grundlage der Einwohnerzahlen vom 30. Juni 2020 – 4791 Einwohner im Verbandsgebiet wie folgt:

- |                                         |                |     |
|-----------------------------------------|----------------|-----|
| – Stadt Bernstadt a. d. Eigen           | 3324 Einwohner | 69% |
| – Gemeinde Schönau-Berzdorf a. d. Eigen | 1467 Einwohner | 31% |

(2) Die Beteiligungsquoten sind maßgebend für die Bemessung der Umlagen nach § 17 dieser Satzung und für die Vermögensliquidation im Falle der Verbandsauflösung.

## **§ 7 Verbandsorgane**

(1) Verbandsorgane sind die Verbandsversammlung und der Verbandsvorsitzende.

(2) <sup>1</sup>Die Amtszeit der Mitglieder der im Absatz 1 genannten Organe erstreckt sich auf die Dauer ihres kommunalen Wahlamtes. <sup>2</sup>Im Übrigen findet für die Dauer der Amtszeit § 16 Absatz 4 SächsKomZG und für das vorzeitige Ausscheiden aus einem Verbandsorgan § 34 SächsGemO entsprechend Anwendung.

## **§ 8 Verbandsversammlung**

(1) <sup>1</sup>Die Verbandsversammlung besteht aus dem Bürgermeister sowie weiteren Vertretern eines jeden Verbandsmitglieds. <sup>2</sup>Die Bürgermeister werden im Falle der Verhinderung von ihren nach § 54 Absatz 1 der SächsGemO gewählten Vertretern vertreten. <sup>3</sup>Die weiteren Vertreter werden vom Gemeinderat für die Dauer der Wahlperiode aus seiner Mitte gewählt; nach Ablauf der Wahlperiode führen sie die Geschäfte bis zur Neuwahl der weiteren Vertreter fort. <sup>4</sup>Für jeden weiteren Vertreter ist ein Stellvertreter zu wählen, der diesen im Falle seiner Verhinderung vertritt; Satz 3 gilt entsprechend. <sup>5</sup>Für die Rechtsverhältnisse gelten die für Gemeinderäte maßgebenden Vorschriften entsprechend.

Die Zahl der weiteren Vertreter der Verbandsmitglieder:

- |                                          |   |
|------------------------------------------|---|
| • Stadt Bernstadt a. d. Eigen:           | 3 |
| • Gemeinde Schönau-Berzdorf a. d. Eigen: | 2 |

(2) <sup>1</sup>Die Stimmen eines Verbandsmitglieds werden einheitlich durch dessen Vertreter abgegeben. <sup>2</sup>Die Verbandsmitglieder können ihren Vertretern Weisungen erteilen.

<sup>3</sup>Die Stimmen der Verbandsmitglieder:

- |                                          |    |
|------------------------------------------|----|
| • Stadt Bernstadt a. d. Eigen:           | 4, |
| • Gemeinde Schönau-Berzdorf a. d. Eigen: | 3, |
| • Summe:                                 | 7  |

## **§ 9 Geschäftsgang**

(1) <sup>1</sup>Die Sitzungen der Verbandsversammlung sind öffentlich, sofern nicht das öffentliche Wohl oder berechtigte Interesse einzelner eine nichtöffentliche Verhandlung erfordern. <sup>2</sup>Die Verbandsversammlung wird durch den Verbandsvorsitzenden schriftlich oder in elektronischer Form einberufen. <sup>3</sup>Die Verbandsversammlung kann nur in einer ordnungsgemäß einberufenen und geleiteten Sitzung beraten und beschließen. <sup>4</sup>Über Gegenstände einfacher Art und geringer Bedeutung kann im schriftlichen oder elektronischen Verfahren beschlossen werden; ein hierbei gestellter Antrag ist angenommen, wenn kein Mitglied widerspricht.

(2) <sup>1</sup>Die Verbandsversammlung ist beschlussfähig, wenn mindestens die Hälfte aller Vertreter anwesend und stimmberechtigt sind. <sup>2</sup>Ist die Verbandsversammlung nicht beschlussfähig, muss eine zweite Sitzung stattfinden, in der er beschlussfähig ist, wenn mindestens drei Vertreter anwesend und stimmberechtigt sind; bei der Einberufung der zweiten Sitzung ist hierauf hinzuweisen. <sup>3</sup>Die Beschlüsse der Verbandsversammlung werden mit Stimmenmehrheit gefasst.

(3) <sup>1</sup>Gegen Beschlüsse der Verbandsversammlung, die für ein Verbandsmitglied von besonderer Wichtigkeit oder erheblicher wirtschaftlicher Bedeutung sind, kann dieser binnen drei Wochen nach der Beschlussfassung Einspruch einlegen. <sup>2</sup>Der Einspruch hat aufschiebende Wirkung. <sup>3</sup>Auf den Einspruch hat die Verbandsversammlung erneut zu beschließen.

(4) <sup>1</sup>Die Verbandsversammlung beschließt durch Abstimmung und Wahlen. <sup>2</sup>Die Verbandsversammlung stimmt in der Regel offen ab, sie kann aus wichtigem Grund geheime Abstimmungen beschließen. <sup>3</sup>Bei Stimmgleichheit ist der Antrag abgelehnt. <sup>4</sup>Stimmenthaltungen werden für die Ermittlung der Stimmenmehrheit nicht berücksichtigt.

(5) <sup>1</sup>Wahlen werden geheim mit Stimmzettel vorgenommen, es kann offen gewählt werden, wenn kein Mitglied widerspricht. <sup>2</sup>Gewählt ist, wer die Mehrheit der Stimmen der anwesenden Stimmberechtigten erhalten hat. <sup>3</sup>Wird eine solche Mehrheit bei der Wahl nicht erreicht, findet zwischen den beiden Bewerbern mit den meisten Stimmen Stichwahl statt, bei der die einfache Mehrheit der abgegebenen Stimmen entscheidet; Absatz 4 Satz 4 gilt entsprechend. <sup>4</sup>Bei Stimmgleichheit entscheidet das Los. <sup>5</sup>Steht nur ein Bewerber zur Wahl, findet im Falle des Satzes 3 ein zweiter Wahlgang statt, bei dem die einfache Mehrheit der abgegebenen Stimmen ausreicht.

## **§ 10 Niederschrift**

(1) <sup>1</sup>Über den wesentlichen Inhalt der Verhandlungen der Verbandsversammlung ist eine Niederschrift zu fertigen; die elektronische Form ist ausgeschlossen. <sup>2</sup>Die Niederschrift muss insbesondere den Namen des Vorsitzenden, die Zahl der anwesenden und die Namen der abwesenden Verbandsvertreter unter Angabe des Grundes der Abwesenheit, die Gegenstände der Verhandlung, die Anträge, die Abstimmungs- und Wahlergebnisse und den Wortlaut der Beschlüsse enthalten. <sup>3</sup>Der Vorsitzende und jeder Vertreter können verlangen, dass ihre Erklärung oder Abstimmung in der Niederschrift festgehalten wird.

(2) <sup>1</sup>Die Niederschrift ist vom Vorsitzenden, zwei Verbandsvertretern, die an der Sitzung teilgenommen haben, und dem Schriftführer zu unterzeichnen. <sup>2</sup>Sie ist innerhalb eines Monats, in der Regel jedoch spätestens zur nächsten Sitzung der Verbandsversammlung zur Kenntnis bringen. <sup>3</sup>Mehrfertigungen von Niederschriften über nichtöffentliche Sitzungen dürfen nicht ausgehändigt werden. <sup>4</sup>Über die gegen die Niederschrift vorgebrachten Einwendungen entscheidet die Verbandsversammlung. <sup>5</sup>Die Einsichtnahme in die Niederschriften über die öffentliche Sitzung ist den Einwohnern sowie den Eigentümern von Grundstücken bzw. den Erbbauberechtigten oder sonst zu dinglichen Nutzung des Grundstücks Berechtigten des Verbandsgebietes gestattet.

## **§ 11 Zuständigkeiten der Verbandsversammlung**

(1) <sup>1</sup>Die Verbandsversammlung ist das Hauptorgan des Zweckverbandes. <sup>2</sup>Sie nimmt die Aufgaben des Zweckverbandes, insbesondere den Erlass von Satzungen und Rechtsordnungen, wahr soweit nicht der Verbandsvorsitzende zuständig ist. <sup>3</sup>Die Verbandsversammlung kann dem Verbandsvorsitzenden einzelne Angelegenheiten übertragen.



(2) Die Verbandsversammlung beschließt ausschließlich über:

1. die Wahl des Vorsitzenden und dessen Stellvertreter,
2. die Änderung und Ergänzung dieser Satzung,
3. den Erlass, die Änderung und Aufhebung von Satzungen und Rechtsverordnungen, Abwasserbeseitigungsbedingungen sowie die Festsetzung von allgemeinen Entgelten und Tarifen,
4. die Beschlussfassung über das Ausscheiden und den Ausschluss von Verbandsmitgliedern sowie die Aufnahme von neuen Verbandsmitgliedern,
5. die Beschlussfassung über die Rückübertragung von Aufgaben auf Verbandsmitglieder und die Auflösung des Zweckverbandes,
6. den Erlass der Haushaltssatzung mit dem Haushaltsplan, Stellenplan und den erforderlichen Anlagen,
7. die Zustimmung zu über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen, wenn sie 5.000 € übersteigen,
8. die Festsetzung von Umlagen im Rahmen der Haushaltssatzung,
9. die Feststellung des Jahresabschlusses,
10. die Beauftragung eines kommunalen Rechnungsprüfungsamtes oder eines Rechnungsprüfers, eines Wirtschaftsprüfers oder einer Wirtschaftsprüfungsgesellschaft für die jährliche Rechnungsprüfung,
11. die Bestellung von Sicherheiten, die Übernahme von Bürgschaften und von Verpflichtungen aus Gewährverträgen und den Abschluss der ihnen wirtschaftlich gleichkommenden Rechtsgeschäften, soweit sie für den Zweckverband von erheblicher wirtschaftlicher Bedeutung sind,
12. die Festsetzung der Entschädigung für die Vertreter der Verbandsmitglieder in der Verbandsversammlung,
13. a) die Beschlussfassung über Stundungsrichtlinien des Zweckverbandes  
b) die Beschlussfassung über Stundungen, soweit diese 2.500 € übersteigen,  
c) den Verzicht auf Ansprüche und die befristete und unbefristete Niederschlagung solcher Ansprüche, soweit diese 2.500 € übersteigen,  
d) die Beschlussfassung über den Erlass von Forderungen des Zweckverbandes, soweit diese 2.500 € übersteigen,  
e) die Beschlussfassung über die Führung von Rechtsstreitigkeiten und den Abschluss von gerichtlichen und außergerichtlichen Vergleichen, sofern der Streitwert mehr als 15.000 € oder der Wert des Nachgebens mehr als 2.000 € beträgt,
14. die Übertragung von Aufgaben auf den Verbandsvorsitzenden,
15. die Ernennung, Einstellung, Höhergruppierung und Entlassung des Geschäftsführers sowie der sonstigen Bediensteten des Zweckverbandes.

(3) <sup>1</sup>Soweit nicht aufgrund gesetzlicher Vorschriften oder anderer Bestimmungen dieser Satzung oder wegen der Bedeutung der Sache die Verbandsversammlung zuständig ist, ist für Entscheidungen unter den in Absatz 2 genannten Wertgrenzen der Verbandsvorsitzende (§ 13) zuständig. <sup>2</sup>Satz 1 gilt auch für alle in den Absätzen 1 und 2 nicht erfassten Angelegenheiten.

## § 12

### Stellung der Vertreter der Verbandsversammlung

(1) <sup>1</sup>Die Vertreter der Verbandsversammlung sind ehrenamtlich tätig. <sup>2</sup>Für sie gelten die Festlegungen der für die Gemeinderäte maßgeblichen Vorschriften der Sächsischen Gemeindeordnung.

(2) Aufgrund einer von der Verbandsversammlung erlassenen Entschädigungssatzung können für die Teilnahme an Sitzungen und Dienstgeschäften angemessene Entschädigungen festgelegt werden.

## § 13

### Verbandsvorsitzender

(1) <sup>1</sup>Der Verbandsvorsitzende ist Vorsitzender der Verbandsversammlung und Leiter der Verbandsverwaltung, er vertritt den Zweckverband. <sup>2</sup>Der Verbandsvorsitzende und sein Stellvertreter werden von der Verbandsversammlung aus der Mitte ihrer gemäß § 52 Absatz 3 Satz 1 entsandten Vertreter gewählt.

(2) <sup>1</sup>Der Verbandsvorsitzende und sein Stellvertreter sind ehrenamtlich tätig. <sup>2</sup>Sie werden für die Dauer von fünf Jahren, sind sie Inhaber eines kommunalen Wahlamtes eines Verbandsmitgliedes, für die Dauer dieses Amtes gewählt. <sup>3</sup>Im Übrigen gelten für ihre Rechtsverhältnisse die für die Gemeinderäte maßgebenden Vorschriften entsprechend.

(3) <sup>1</sup>Die Wahl des Vorsitzenden und dessen Stellvertreters erfolgt entsprechend § 9 Absatz 5 dieser Satzung.

(4) Der Verbandsvorsitzende bereitet die Sitzung der Verbandsversammlung vor und vollzieht die Beschlüsse.

(5) <sup>1</sup>In dringenden Angelegenheiten, deren Erledigung auch nicht bis zu einer ohne Frist und formlos einberufenen Sitzung der Verbandsversammlung aufgeschoben werden kann, entscheidet der Verbandsvorsitzende an Stelle der Verbandsversammlung. <sup>2</sup>Die Gründe für die Eilentscheidung und die Art der Erledigung sind der Verbandsversammlung unverzüglich mitzuteilen.

(6) <sup>1</sup>Der Verbandsvorsitzende muss Beschlüssen der Verbandsversammlung widersprechen, wenn er der Auffassung ist, dass sie rechtswidrig sind; er kann ihnen widersprechen, wenn er der Auffassung ist, dass sie für den Zweckverband nachteilig sind. <sup>2</sup>§ 52 Absatz 2 Satz 2 bis 5 der SächsGemO gilt entsprechend.

(7) Der Verbandsvorsitzende hat die Verbandsversammlung über alle wichtigen, den Zweckverband und seiner Verwaltung betreffenden Angelegenheiten zu informieren; bei wichtigen Planungen und Vorhaben ist die Verbandsversammlung möglichst frühzeitig über die Absichten und Vorstellungen der Verbandsverwaltung und laufend über den Stand und den Inhalt der Planungsarbeiten zu informieren.

(8) Der Verbandsvorsitzende ist Vorgesetzter, Dienstvorgesetzter und oberste Dienstbehörde der Verbandsbediensteten.

(9) Dem Verbandsvorsitzenden werden insbesondere folgende Aufgaben zur dauernden Erledigung übertragen:

1. die Zustimmung zu über- und außerplanmäßigen Ausgaben bis zu einem Betrag von 5.000 €,
2. die Stundung, die Niederschlagung oder den Erlass fälliger Ansprüche bis zu einem Betrag von 2.500 €,
3. die Führung von Rechtsstreitigkeiten bis 15.000 € und der Abschluss von Vergleichen, sofern der Streitwert bis 15.000 € oder der Wert des Nachgebens bis 2.000 € beträgt.

(10) Weisungsaufgaben erledigt der Verbandsvorsitzende in eigener Zuständigkeit, soweit nichts anderes gere-

gelt ist; dies gilt nicht für den Erlass von Rechtsverordnungen und Satzungen.

(11) Der Verbandsvorsitzende kann einzelne seiner Befugnisse zur selbstständigen Erledigung auf den Geschäftsführer übertragen.

#### § 14

##### **Angestellte/Bedienstete des Zweckverbandes**

(1) <sup>1</sup>Der Zweckverband hat das Recht Angestellte/Bedienstete einzustellen, die erforderlich sind, um die ordnungsgemäße Erfüllung ihrer Aufgaben zu gewährleisten. <sup>2</sup>Die Angestellten/Bediensteten müssen die für ihren Aufgabenbereich jeweils erforderliche fachliche Voraussetzung erfüllen. <sup>3</sup>§ 61 Absatz 2 SächsGemO gilt entsprechend.

(2) <sup>1</sup>Die Aufstellung des Haushaltsplanes, des Finanzplanes und des Jahresabschlusses, die Haushaltsüberwachung sowie die Verwaltung des Vermögens und der Schulden sind bei einem Bediensteten zusammenzufassen. <sup>2</sup>§ 62 Absatz 2 SächsGemO gilt entsprechend.

(3) Für die Angestellten/Bediensteten des Zweckverbandes gelten die gesetzlichen und tariflichen Bestimmungen für den öffentlichen Dienst, soweit nicht Sonderverträge geschlossen werden.

(4) Im Falle der Auflösung des Zweckverbandes, sind die Angestellten/Bediensteten im Verhältnis der Beteiligungsquote der Verbandsmitglieder zu übernehmen.

#### § 15

##### **Wirtschaftsführung**

(1) Für die Wirtschaftsführung sowie das Rechnungswesen des Zweckverbandes gelten die Vorschriften über die Gemeindewirtschaft, soweit sie gesetzlich nicht für Zweckverbände ausgeschlossen sind, bzw. spezielle Regelungen gelten entsprechend.

(2) Das Haushaltsjahr des Zweckverbandes ist das Kalenderjahr.

#### § 16

##### **Jahresabschluss und Prüfungswesen**

(1) <sup>1</sup>Der Jahresabschluss des Zweckverbandes ist innerhalb von 6 Monaten nach Ende des Haushaltsjahres aufzustellen. <sup>2</sup>Zur örtlichen Prüfung des Jahresabschlusses bedient sich der Zweckverband entsprechend § 59 Absatz 1 SächsKomZG eines andern kommunalen Rechnungsprüfungsamtes oder eines Rechnungsprüfers, eines Wirtschaftsprüfers oder einer Wirtschaftsprüfungsgesellschaft. <sup>3</sup>Die Bestellung erfolgt durch Beschluss der Versammlung.

(2) Der Jahresabschluss und der Prüfbericht des kommunalen Rechnungsprüfungsamtes oder eines Rechnungsprüfers, eines Wirtschaftsprüfers oder einer Wirtschaftsprüfungsgesellschaft gemäß Absatz 1 sind der Versammlung vorzulegen, welche den Jahresabschluss spätestens bis 31.12. des dem Haushaltsjahr folgenden Jahres feststellen muss.

(3) <sup>1</sup>Der Beschluss über die Feststellung des Jahresabschlusses ist der Rechtsaufsichtsbehörde unverzüglich mitzuteilen und ortsüblich bekannt zu geben. <sup>2</sup>Der Jahres-

abschluss mit Rechenschaftsbericht und Anhang sind mit der Bekanntgabe des Feststellungsbeschlusses öffentlich auszulegen oder elektronisch zur Verfügung zu stellen; in der Bekanntgabe ist auf die Auslegung hinzuweisen.

#### § 17

##### **Deckung des Finanzbedarfs**

<sup>1</sup>Der Finanzbedarf des Zweckverbandes wird, soweit seine sonstigen Einnahmen, insbesondere aus Gebühren und Beiträgen, nicht ausreichen, durch Verbandsumlagen gedeckt. <sup>2</sup>Der Maßstab für die Aufteilung der Umlagen ist die Beteiligungsquote nach § 6 dieser Satzung. <sup>3</sup>Die Höhe der Umlage ist in der Haushaltssatzung für jedes Haushaltsjahr vorläufig festzusetzen, sie wird vor der Feststellung der Jahresrechnung endgültig festgesetzt; sie soll getrennt für den Ergebnishaushalt und den Finanzhaushalt festgesetzt werden. <sup>4</sup>Der Zweckverband kann für rückständige Beiträge Verzugszinsen in Höhe von zwei Prozent über dem jeweiligen Basiszinssatz nach § 247 BGB verlangen.

#### § 18

##### **Änderung der Verbandssatzung**

(1) Die Änderung der Verbandssatzung werden von der Versammlung mit einer Mehrheit von mindestens zwei Dritteln der satzungsmäßigen Stimmenzahl aller Vertreter beschlossen.

(2) <sup>1</sup>Eine Satzungsänderung wird erst wirksam, wenn sie die Rechtsaufsichtsbehörde genehmigt hat und sie öffentlich bekannt gemacht wurde. <sup>2</sup>Die Änderungssatzung wird durch den Verbandsvorsitzenden vor der Erteilung der Genehmigung ausgefertigt.

#### § 19

##### **Aufnahme und Ausscheiden von Verbandsmitgliedern**

(1) Dem Zweckverband können weitere Mitglieder beitreten. Die Aufnahme bedarf der Zustimmung von mindestens drei Viertel der satzungsmäßigen Stimmenzahl der Versammlung, der Vereinbarung einer neuen Verbandssatzung sowie der Genehmigung der Rechtsaufsichtsbehörde.

(2) <sup>1</sup>Jedes Verbandsmitglied kann nur zum Ende eines Haushaltsjahres aus dem Zweckverband austreten. <sup>2</sup>Die Austrittserklärung ist spätestens bis zum 30. Dezember des dem Haushaltsjahr vorangehenden Jahres an den Verbandsvorsitzenden schriftlich einzureichen. <sup>3</sup>Dem Austritt muss die Versammlung mit einer Mehrheit von drei Viertel der satzungsmäßigen Stimmen sowie die Rechtsaufsichtsbehörde zustimmen.

(3) Ein ausscheidendes Verbandsmitglied haftet für die bis zum Zeitpunkt des Ausscheidens entstandenen Verbindlichkeiten des Zweckverbandes weiter. Ein Rechtsanspruch auf Beteiligung am Verbandsvermögen besteht nicht.

(4) Das Nähere ist in einer Vereinbarung zwischen dem Zweckverband und dem ausscheidenden Verbandsmitglied zu regeln.

## **§ 20 Auflösung des Verbandes**

(1) <sup>1</sup>Der Zweckverband kann mit einer Mehrheit von mindestens drei Vierteln der satzungsmäßigen Stimmenzahl der Verbandsvertreter seine Auflösung beschließen, wenn keine Gründe des öffentlichen Wohls entgegenstehen. <sup>2</sup>Der Beschluss über die Auflösung bedarf der Genehmigung der Rechtsaufsichtsbehörde.

(2) <sup>1</sup>Der Zweckverband ist aufgelöst, wenn seine Aufgaben vollständig auf eine andere Körperschaft des öffentlichen Rechts übergehen oder wenn er nur noch aus einem Mitglied besteht. <sup>2</sup>Im letzteren Fall tritt das Mitglied an die Stelle des Zweckverbandes. <sup>3</sup>Diese Entscheidung wird erst wirksam, wenn die Rechtsaufsichtsbehörde die Auflösung und den Übergang der Aufgaben genehmigt und öffentlich bekannt gemacht hat.

(3) <sup>1</sup>Der Zweckverband gilt nach seiner Auflösung als fortbestehend, soweit der Zweck der Abwicklung er erfordert. <sup>2</sup>Die Abwicklung ist Aufgabe des Verbandsvorsitzenden, wenn die Verbandsversammlung nicht etwas anderes beschließt.

(4) Das Verbandsvermögen ist nach der Beteiligungsquote im Zeitpunkt der Auflösung auf die Verbandsmitglieder zu verteilen, soweit die Verbandsmitglieder und der Zweckverband nicht mit Genehmigung der Rechtsaufsichtsbehörde eine abweichende Vereinbarung treffen.

(5) Im Fall der Auflösung, haften die Verbandsmitglieder für die Verbindlichkeiten des Zweckverbandes als Gesamtschuldner.

## **§ 21 Öffentliche Bekanntmachung**

(1) <sup>1</sup>Die öffentliche Bekanntmachung des Zweckverbandes erfolgt durch Abdruck im Amtsblatt „Pließnitzkurier“ der Stadt Bernstadt a. d. Eigen und im „Dorfecho“ Amtsblatt der Gemeinde Schönau-Berzdorf a. d. Eigen. <sup>2</sup>Die öffentliche Bekanntmachung ist mit Ablauf des Tages vollzogen an dem das letzte Amtsblatt mit der Bekanntmachung erscheint.

(2) <sup>1</sup>Sind Pläne oder zeichnerische Darstellungen, insbesondere Karten, Bestandteil einer Rechtsverordnung oder Satzung, können sie dadurch bekanntgemacht werden, dass

1. ihr wesentlicher Inhalt in der Rechtsverordnung oder Satzung umschrieben wird,
2. sie an einer bestimmten Verwaltungsstelle zur kostenlosen Einsicht durch jedermann während der Sprechzeiten, mindestens aber wöchentlich 20 Stunden, für die Dauer von mindestens zwei Wochen niedergelegt werden und
3. hierauf bei der Bekanntmachung der Rechtsverordnung oder Satzung hingewiesen wird.

<sup>2</sup>Für sonstige öffentliche Bekanntmachungen gilt Satz 1 entsprechend.

## **§ 22 Inkrafttreten**

<sup>1</sup>Diese Verbandssatzung tritt am Tag nach der Genehmigung von der Rechtsaufsichtsbehörde und deren Bekanntmachung im Sächsischen Amtsblatt in Kraft.

<sup>2</sup>Die bisherige Verbandssatzung vom 28. Oktober 2008 tritt damit außer Kraft.

Schönau-Berzdorf, den 29. Juni 2021

Abwasserzweckverband „Unteres Pließnitztal-Gaule“  
Weise  
Verbandsvorsitzender

**Anlage 1**

(zur Verbandssatzung des Abwasserzweckverbandes „Unteres Pließnitztal-Gaule“)

**Verbandsanlagen  
(Gemäß § 4 Absatz 3 Satz 2 der Verbandssatzung)**

- |                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                |                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                            |
|------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|
| <p>I. Verbandsanlagen: Kläranlagen, Pumpwerke</p> <ol style="list-style-type: none"><li>1. Kläranlage Kiesdorf, Obere Straße 33</li><li>2. Pumpwerk 1 – Dorfstraße 99, Kiesdorf</li><li>3. Pumpwerk 2 – Hauptstraße, Schönau-Berzdorf</li><li>4. Pumpwerk 3 – Hauptstraße 55, Schönau-Berzdorf</li><li>5. Pumpwerk 4 – Sonnensiedlung 1, Schönau-Berzdorf</li><li>6. Pumpwerk 5 – Am Wehr 16z, Altbernsdorf</li><li>7. Pumpwerk 6 – Sandmühlplatz 4a, Bernstadt</li><li>8. Pumpwerk 7 – An der BHG, Schönau-Berzdorf</li><li>9. Pumpwerk 8 – Borngasse, Bernstadt</li><li>10. Pumpwerk 9 – Zittauer Straße 6a, Bernstadt</li><li>11. Pumpwerk 10 – Herrnhuter Straße 28a</li><li>12. Pumpwerk 11 – Herrnhuter Straße 42a</li><li>13. Pumpwerk 12 – Euroimmun Rennersdorf</li><li>14. Pumpwerk 14 – Adolf-Klose-Straße, Bernstadt</li><li>15. Pumpwerk 15 – Bautzener Straße 49, Bernstadt</li><li>16. Pumpwerk Brückner – Obere Straße 30, Kiesdorf</li><li>17. Pumpwerk Kirsche – Obere Straße 33, Kiesdorf</li><li>18. Pumpwerk Lagune 1 – An der Blauen Lagune 6z, Schönau-Berzdorf</li><li>19. Pumpwerk Lagune 2 – An der Blauen Lagune, Schönau-Berzdorf</li><li>20. Pumpwerk Lagune 3 – An der Blauen Lagune, Schönau-Berzdorf</li></ol> | <p>II. Verbandsanlagen: Kanal</p> <ol style="list-style-type: none"><li>1. Schönau A Mühle-Belusa</li><li>2. Schönau B/C Nordrand</li><li>3. Schönau A Belusa-Rothnauer</li><li>4. Schönau D Mittelmühle-Effmert</li><li>5. Schönau A Rothnauer-Ortsausgang</li><li>6. Schönau BHG-Nordrand</li><li>7. Schönau-Berzdorf</li><li>8. Altbernsdorf Ortsausgang-Disko</li><li>9. Überleitung PW 2 – Kläranlage</li><li>10. Kiesdorf 1. BA 1. TA PW D 67</li><li>11. Kiesdorf 1. BA 2. TA S 67</li><li>12. Kiesdorf 1. BA 3. TA Kanal 1-16</li><li>13. Altbernsdorf Disko-Friedenshöhe</li><li>14. Bernstadt Görlitzer Straße-Birkenstock</li><li>15. Bernstadt 2. BA Thälmannstraße</li><li>16. Kiesdorf 2. BA Ortsnetz</li><li>17. Bernstadt 2. BA Friedensring</li><li>18. Bernstadt 3. BA BL 1 Zittauer Straße</li><li>19. Bernstadt 3. BA BL 2 Majora</li><li>20. Bernstadt 3. BA BL 3 Eick</li><li>21. Bernstadt 2. BA Neustadt-Ufergasse</li><li>22. Bernstadt 2. BA Mary-Klose-Straße</li><li>23. Bernstadt 2. BA Kirchgasse</li><li>24. Dittersbach 1. BA BL 1</li><li>25. Dittersbach 1. BA BL 2</li><li>26. Bernstadt 5. BA Russenstraße</li><li>27. Bernstadt 4. BA Eilfhufen Wiesenweg</li><li>28. Altbernsdorf 1. BA</li><li>29. Dittersbach 2. BA</li><li>30. DL Gewerbegebiet Investanteil</li><li>31. Bernstadt 6. BA</li><li>32. Kemnitz 1. BA Überleitung</li><li>33. Kemnitz 2. BA</li><li>34. Kemnitz 3. BA</li><li>35. Kemnitz 3. BA Reitplatz-Schule</li><li>36. Kemnitz 4. BA</li><li>37. Kemnitz 4. BA BHG-Wunderlich</li><li>38. Kemnitz 4. BA Lucke</li><li>39. Druckleitung Lagune-Kläranlage</li><li>40. Abwasserleitung Lagune 1. BA</li><li>41. Abwasserleitung Segler</li></ol> |
|------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|

**Bekanntmachung  
des Landratsamtes Landkreis Leipzig  
der Genehmigung der Zweckvereinbarung  
gemäß § 71 Absatz 2 Satz 1 Variante 2 des Sächsischen Gesetzes  
über kommunale Zusammenarbeit zur Errichtung  
einer gemeinsamen Dienststelle der Meldebehörden vom 9. Juli 2021**

**Vom 13. August 2021**

Das Landratsamt Leipzig hat als zuständige Rechtsaufsichtsbehörde mit Bescheiden vom 21. Juli 2021 (Az.: 10112/030.35-060/070/300/190-ZV Meldewesen/Genehmigung-2021) auf der Grundlage des § 72 Absatz 1 des Sächsischen Gesetzes über kommunale Zusammenarbeit in der Fassung der Bekanntmachung vom 15. April 2019 (SächsGVBl. S. 270) wie folgt entschieden:

1. Die Zweckvereinbarung gemäß § 71 Absatz 2 Satz 1 Variante 2 des Sächsischen Gesetzes über kommunale Zusammenarbeit zur Einrichtung einer gemeinsamen Dienststelle der Meldebehörden zwischen der Gemeinde Borsdorf, der Stadt Brandis, der Gemeinde Großpösna und der Stadt Naunhof, unterzeichnet von den jeweiligen BürgermeisterInnen am 9. Juli 2021, wird genehmigt.
2. Die Zweckvereinbarung tritt am Tag nach der öffentlichen Bekanntmachung der Genehmigung und dieser

Vereinbarung durch das Landratsamt Landkreis Leipzig im Sächsischen Amtsblatt in Kraft.

3. Der Bescheid ergeht kostenfrei.

Mit Schreiben vom 25. Juli 2021 haben die Gemeinde Großpösna, mit Schreiben vom 28. Juli 2021 die Stadt Naunhof, mit Schreiben vom 30. Juli 2021 die Gemeinde Borsdorf und mit Schreiben vom 6. August 2021 die Stadt Brandis auf die Einlegung eines Rechtsmittels verzichtet.

Entsprechend § 1 des Gesetzes zur Regelung des Verwaltungsverfahrens- und des Verwaltungszustellungsrechts für den Freistaat Sachsen in Verbindung mit § 27a Absatz 1 Verwaltungsverfahrensgesetz erfolgt die Veröffentlichung zusätzlich auf der Homepage des Landkreises Leipzig, abrufbar unter <https://www.landkreisleipzig.de/bekanntmachungen.html>.

Borna, den 13. August 2021

Landratsamt Landkreis Leipzig  
Henry Graichen  
Landrat

## **Zweckvereinbarung** **gemäß § 71 Abs. 2 Satz 1 Var. 2 des Sächsischen Gesetzes** **über kommunale Zusammenarbeit (SächsKomZG)** **zur Einrichtung einer gemeinsamen Dienststelle der Meldebehörden**

zwischen

der Gemeinde Borsdorf, vertreten durch die Bürgermeisterin Birgit Kaden, Rathausstraße 1, 04451 Borsdorf

und

der Stadt Brandis, vertreten durch den Bürgermeister Arno Jesse, Markt 1-3, 04821 Brandis

und

der Gemeinde Großpösna, vertreten durch die Bürgermeisterin Dr. Gabriela Lantzsch, Im Rittergut 1, 04463 Großpösna

und

der Stadt Naunhof, vertreten durch die Bürgermeisterin Anna-Luise Conrad, Markt 1, 04683 Naunhof

– gemeinsam nachfolgend „Gemeinden“ genannt –

### **Präambel**

Die Gemeinden sind gemäß § 1 Bundesmeldegesetz (BMG) i. V. m. § 1 Abs. 1 Sächsisches Gesetz zur Ausführung des Bundesmeldegesetzes (SächsAGBMG) Meldebehörden, soweit gesetzlich nichts anderes bestimmt ist. Die Aufgaben der Meldebehörden sind Pflichtaufgaben nach Weisung.

Die Gemeinden streben eine Kooperation der Meldebehörden an, um Synergien zu erzeugen und personelle Ausfälle wechselseitig zu kompensieren.

Eine Aufgabenübertragung ist nicht beabsichtigt, so dass es insbesondere für betroffene Bürger bei der bisherigen gesetzlichen Zuständigkeit der jeweiligen Gemeinde für die Aufgaben der Meldebehörden bleibt.

Gemäß § 71 Abs. 1 Satz 1 des Sächsischen Gesetzes über kommunale Zusammenarbeit (SächsKomZG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 15. April 2019 (SächsGVBl. S. 270) können Gemeinden vereinbaren, dass eine der beteiligten Körperschaften bestimmte Aufgaben, zu deren Erfüllung jede der beteiligten Körperschaften berechtigt oder verpflichtet ist, für alle wahrnimmt, insbesondere den übrigen Beteiligten die Mitbenutzung einer von ihr betriebenen Einrichtung gestattet (Zweckvereinbarung). Gemäß § 71 Abs. 2 Satz 1 SächsKomZG können durch eine Zweckvereinbarung auch die Durchführung bestimmter Aufgaben durch eine der beteiligten Körperschaften im Namen und nach Weisung der übrigen Beteiligten oder – und das soll hier relevant werden – der Betrieb einer gemeinsamen Dienststelle vereinbart werden.

Bei dem Betrieb einer gemeinsamen Dienststelle üben die Bediensteten gemäß § 71 Abs. 3 SächsKomZG ihre Tätigkeiten nach der fachlichen Weisung der im Einzelfall zuständigen Gemeinde aus. Ihre dienstrechtliche Stellung im Übrigen bleibt unberührt.

Jede der beteiligten Gemeinden hat gemäß § 71 Abs. 4 SächsKomZG zu gewährleisten, dass bei ihr eine Stelle mit ausreichend qualifiziertem Personal besteht, die im Tätigkeitsbereich der gemeinsamen Dienststelle die erforderlichen Auskünfte erteilt und Anträge oder sonstige Erklärungen von den Bürgern entgegennimmt.

Die Gemeinden wollen unter Berücksichtigung dieser gesetzlichen Rahmenbedingungen von der in § 71 Abs. 2 Satz 1 Var. 2 SächsKomZG vorgesehenen Möglichkeit der Einrichtung einer gemeinsamen Dienststelle für ihre Meldebehörden Gebrauch machen und vereinbaren daher was folgt:

### **§ 1** **Gemeinsame Dienststelle**

(1) Die Gemeinden vereinbaren den Betrieb einer gemeinsamen Dienststelle „Meldebehörden“.

(2) Der Tätigkeitsbereich der gemeinsamen Dienststelle umfasst alle Aufgaben, für die die Gemeinden kraft Gesetzes als Meldebehörden zuständig sind.

(3) Die Gemeinden stellen für den Betrieb der gemeinsamen Dienststelle ausreichend qualifiziertes Personal zur Verfügung. Das Personal im Sinne des Satzes 1 setzt sich aus den Bediensteten zusammen, die die Gemeinden ihren jeweiligen Meldebehörden organisatorisch zugeordnet haben.

(4) Die Gemeinden stellen für den Betrieb der gemeinsamen Dienststelle Räumlichkeiten, Bürotechnik, Software und sonstige für die Aufgabenwahrnehmung notwendige Sachmittel zur Verfügung. Zu den Sachmitteln im Sinne von Satz 1 gehören alle von den Gemeinden ihren jeweiligen Meldebehörden zur Verfügung gestellten Sachmittel.

### **§ 2** **Bedienstete**

(1) Die zur gemeinsamen Dienststelle gehörenden Bediensteten üben ihre Tätigkeiten nach der fachlichen Weisung der im Einzelfall zuständigen Gemeinde aus. Ihre dienstrechtliche Stellung im Übrigen bleibt unberührt.

(2) Die zur gemeinsamen Dienststelle gehörenden Bediensteten sollen vorrangig die Aufgaben der Gemeinde erfüllen, die ihre jeweilige Anstellungskörperschaft ist. Darüber hinaus erfüllen die Bediensteten im Rahmen des Tätigkeitsbereichs der gemeinsamen Dienststelle auch die Aufgaben der anderen, an dieser Zweckvereinbarung beteiligten Gemeinden nach deren fachlicher Weisung. Die Aufgabenerfüllung für andere Gemeinden gemäß Satz 2 erfolgt insbesondere zur Kompensation von personellen Ausfällen. Bei sich widersprechenden Weisungen, insbesondere zur zeitlichen Priorität der Aufgabenerledigung, hat die Weisung der Anstellungskörperschaft im Sinne von Satz 1 Vorrang.

### § 3 Sachmittel

(1) Die zur gemeinsamen Dienststelle gehörenden Sachmittel im Sinne von § 1 Abs. 4 bleiben im Eigentum der sie zur Verfügung stellenden Gemeinde.

(2) Die zur gemeinsamen Dienststelle gehörenden Bediensteten sollen vorrangig die Sachmittel nutzen, die ihre jeweilige Anstellungskörperschaft zur Verfügung stellt. Darüber hinaus haben die Bediensteten im Rahmen des Tätigkeitsbereichs der gemeinsamen Dienststelle die Möglichkeit, die in § 1 Abs. 4 genannten Räumlichkeiten und sonstigen Sachmittel der anderen Gemeinden nach deren Weisung zu nutzen.

### § 4 Datennutzung

(1) Den zur gemeinsamen Dienststelle gehörenden Bediensteten stehen alle notwendigen Daten zur Verfügung, die für die Aufgabenerfüllung benötigt werden. Das gilt auch, wenn die Bediensteten gemäß § 2 Abs. 2 Satz 2 Aufgaben anderer Gemeinden nach deren fachlicher Weisung erfüllen.

(2) Die für die jeweilige Aufgabe hoheitlich zuständige Gemeinde stellt sicher, dass die benötigten Daten den Bediensteten der gemeinsamen Dienststelle in Übereinstimmung mit datenschutzrechtlichen Vorgaben zur Verfügung stehen und von diesen gesetzeskonform genutzt und verarbeitet werden können. Es ist sicherzustellen, dass die Übermittlung und Verarbeitung geschützter Daten, soweit gesetzlich nicht abweichend geregelt oder zulässig, nur innerhalb der gemeinsamen Dienststelle und ausschließlich zur Aufgabenerfüllung erfolgt.

### § 5 Kosten, Monitoring

(1) Die Kosten des Personals obliegen der jeweiligen Anstellungskörperschaft, die Kosten der Sachmittel obliegen der Gemeinde, der das Eigentum oder das Nutzungsrecht an dem Sachmittel zusteht. Ein Kostenausgleich zwischen den Gemeinden findet grundsätzlich nicht statt. Dabei gehen die Gemeinden davon aus, dass die Lasten aufgrund der jeweils zur Verfügung gestellten Bediensteten und Sachmittel unter Berücksichtigung der jeweiligen Einwohnerzahlen und zu erfüllenden Aufgaben grundsätzlich gleich verteilt sind.

(2) Eine Gemeinde, deren Personal oder deren Sachmittel durch eine Aufgabenerfüllung für andere Gemeinden gemäß § 2 Abs. 2 Satz 2 und § 3 Abs. 2 Satz 2 wesentlich stärker in Anspruch genommen werden als nach der ungefähr gleichen Lastenverteilung gemäß Abs. 1 Satz 4 beabsichtigt war, hat Anspruch auf anteiligen Kostenersatz gegen die in Anspruch nehmende Gemeinde. Der Anspruch auf Kostenersatz setzt voraus, dass

- a) das Personal oder die Sachmittel durch eine andere Gemeinde längerfristig oder mehrfach wiederholend in Anspruch genommen werden und
- b) die den Kostenersatz geltend machende Gemeinde nicht in einem ungefähr gleichgewichtigen Umfang gleichfalls auf die Bediensteten oder die Sachmittel anderer Gemeinden zurückgegriffen hat.

Die Vorschriften über die Geschäftsführung ohne Auftrag gemäß §§ 677 ff. BGB und die VwV Kostenfestlegung in ihrer jeweils geltenden Fassung finden im Hinblick auf den Anspruch auf Kostenersatz und die Berechnung der Kostensätze entsprechende Anwendung. Die Beweislast für das

Vorliegen der Voraussetzungen des Erstattungsanspruches obliegt der Gemeinde, die sich auf den Anspruch beruft.

### § 6 Haftung gegenüber Dritten

Verletzt ein Bediensteter in Ausübung seiner Tätigkeit in der gemeinsamen Dienststelle die ihm einem Dritten gegenüber obliegende Amtspflicht, haftet dafür die Gemeinde, die für die Amtshandlung sachlich und örtlich zuständig ist.

### § 7 Gemeinsamer Ausschuss

(1) Die Gemeinden bilden einen gemeinsamen Ausschuss „Meldeämter“ mit beratender Funktion. Dem Ausschuss gehören an

- a) die Bürgermeister der Gemeinden und
- b) jeweils ein in der gemeinsamen Dienststelle tätiger Bediensteter je Gemeinden.

(2) Der Ausschuss tagt bei Bedarf, wobei jede Gemeinde Bedarf anmelden kann. Im Übrigen finden auf den Ausschuss die gesetzlichen Vorschriften über die Versammlung eines Zweckverbandes entsprechende Anwendung.

### § 8 Vertragslaufzeit, Kündigung

(1) Diese Vereinbarung wird auf unbestimmte Zeit abgeschlossen.

(2) Die Vereinbarung kann von jeder Gemeinde bis zum 15. Januar mit Wirkung zum Ende des jeweiligen Kalenderjahres gekündigt werden. Die Kündigung bedarf der Schriftform und muss allen anderen Gemeinden zugehen.

### § 9 Schlussbestimmungen, Mediationsklausel

(1) Die Gemeinden arbeiten vertrauensvoll zusammen.

(2) Zur Beilegung aller nicht anders zu lösenden Streitigkeiten aus oder im Zusammenhang mit dieser Vereinbarung werden die Gemeinden vorrangig ein Mediationsverfahren durchführen. Dabei gelten die nachfolgenden Regelungen:

- a) Das Mediationsverfahren beginnt mit dem Zugang der schriftlichen Aufforderung einer Gemeinde an die andere/-n Gemeinde/-n, gemeinsam ein solches Verfahren durchzuführen („Mediationsantrag“). Können sich die Gemeinden nicht innerhalb von zwei Wochen nach Zugang des Mediationsantrags auf einen Mediator einigen, wird dieser nach Aufforderung durch eine Gemeinde von dem Präsidenten der Rechtsanwaltskammer Sachsen bestimmt. Das Rechtsverhältnis zwischen dem Mediator und den Gemeinden bestimmt sich nach einer Mediationsvereinbarung, in der u.a. die Tragung der Kosten des Verfahrens geregelt wird. Die Mediationsvereinbarung bedarf der Schriftform; sie kommt, wenn nicht abweichend geregelt, mit Unterzeichnung zustande.
- b) Eine Beschreitung des Rechtswegs ist erst zulässig, wenn eine Gemeinde oder der Mediator die Mediation schriftlich für gescheitert erklärt hat. Die Erklärung ist erst zulässig, wenn eine erste gemeinsame Verhand-

lung mit dem Mediator stattgefunden hat oder wenn seit dem Mediationsantrag zwei Monate verstrichen sind, ohne dass es zu einer ersten Mediationssitzung gekommen ist. Die Erklärung muss schriftlich gegenüber der/ den anderen Gemeinde/-n erfolgen.

- c) Verjährungs- und vertragliche Ausschlussfristen sind ab Zugang des Mediationsantrags gehemmt. Die Hemmung dauert bis zum letzten Kalendertag des Monats, in dem das Scheitern der Mediation erklärt wird.
- d) Ein gerichtliches Eilverfahren oder die Klageerhebung zur Unterbrechung einer gesetzlichen Ausschlussfrist bleibt jederzeit zulässig.
- e) Die Beratungsfunktion der Rechtsaufsichtsbehörde bleibt von dieser Mediationsklausel unberührt.

(3) Änderungen dieser Vereinbarung bedürfen der Schriftform und zu ihrer Wirksamkeit der Genehmigung durch die Rechtsaufsichtsbehörde sowie deren Bekanntmachung.

(4) Sollten einzelne oder mehrere Bestimmungen dieser Vereinbarung oder einer künftigen Ergänzung ganz oder teilweise unwirksam oder undurchführbar sein oder ihre Wirksamkeit oder Durchführbarkeit später verlieren, so soll hier-

durch die Gültigkeit der übrigen Bestimmungen nicht berührt werden. Gleiches gilt, falls sich herausstellen sollte, dass diese Vereinbarung eine Regelungslücke enthält. Anstelle der unwirksamen oder undurchführbaren Bestimmung oder zur Ausfüllung der Regelungslücke soll dann eine angemessene Regelung gelten, die, soweit nur rechtlich möglich, dem am meisten gerecht wird, was die Gemeinden vereinbart hätten, wenn sie die Unwirksamkeit, Undurchführbarkeit oder Lückenhaftigkeit gekannt hätten. Beruht die Unwirksamkeit einer Bestimmung auf einem in dieser Vereinbarung festgelegten Maß der Leistung oder der Zeit (Frist oder Termin), so soll das Maß der Leistung oder der Zeit (Frist oder Termin) gelten, das rechtlich zulässig ist und dem von den Gemeinden Gewollten möglichst nahe kommt.

#### **§ 10 In-Kraft-Treten**

Diese Vereinbarung tritt nach ihrer Unterzeichnung durch alle Gemeinden am Tag nach der Bekanntmachung ihrer Genehmigung durch die Rechtsaufsichtsbehörde gemäß § 71 Abs. 1 Satz 3 SächsKomZG im Sächsischen Amtsblatt in Kraft.

Brandis, den 9. Juli 2021

Gemeinde Borsdorf  
Bürgermeisterin Birgit Kaden

Stadt Brandis  
Bürgermeister Arno Jesse

Gemeinde Großpösna  
Bürgermeisterin Dr. Gabriela Lantzsch

Stadt Naunhof  
Bürgermeisterin Anna-Luise Conrad



**Bekanntmachung  
des Landratsamtes Landkreis Leipzig  
über die Genehmigung der Aufhebung der Zweckvereinbarung  
zwischen der Gemeinde Machern und der Gemeinde Bennewitz  
zur Wahrnehmung der Aufgaben zur Realisierung  
des § 45 der Straßenverkehrs-Ordnung**

**Vom 26. August 2021**

Das Landratsamt Landkreis Leipzig hat als zuständige Rechtsaufsichtsbehörde mit Bescheid vom 9. August 2021, Az.: 10112/093.21/250/2021/Aufhebung ZV StVO/Gs, auf der Grundlage des § 72 Absatz 1 in Verbindung mit § 49 Absatz 1 Satz 3 des Sächsischen Gesetzes über kommunale Zusammenarbeit in der Fassung der Bekanntmachung vom 15. April 2019 (SächsGVBl. S. 270), über die Genehmigung der Aufhebung der Zweckvereinbarung zwischen der Gemeinde Machern und der Gemeinde Bennewitz über die Wahrnehmung der Aufgaben zur Realisierung des § 45 der Straßenverkehrs-Ordnung wie folgt entschieden:

1. Die Aufhebung der Gemeinde Machern vom 29. Juni 2021 der Zweckvereinbarung zwischen der Gemeinde Machern und der Gemeinde Bennewitz zur Wahrnehmung der Aufgaben zur Realisierung des § 45 der Straßenverkehrs-Ordnung mit Ablauf des 31. Dezember 2021 wird genehmigt.
2. Die Genehmigung der Aufhebung der Zweckvereinbarung wird durch das Landratsamt Landkreis Leipzig im Sächsischen Amtsblatt bekanntgemacht.
3. Der Bescheid ergeht kostenfrei.

Borna, den 26. August 2021

Landratsamt Landkreis Leipzig  
Henry Graichen  
Landrat



---

## Impressum

**Herausgeber:**

Sächsische Staatskanzlei  
Archivstraße 1  
01097 Dresden  
Telefon: 0351 564 11312

**Verlag:**

SV SAXONIA Verlag  
für Recht, Wirtschaft und Kultur GmbH  
Lingnerallee 3  
01069 Dresden  
Telefon: 0351 485260  
Telefax: 0351 4852661  
E-Mail: [gvbl-abl@saxonia-verlag.de](mailto:gvbl-abl@saxonia-verlag.de)  
Internet: [www.recht-sachsen.de](http://www.recht-sachsen.de)  
Verantwortlicher Redakteur: Rechtsanwalt Frank Unger

**Druck:**

Stoba-Druck GmbH  
Am Mart 16, 01561 Lampertswalde

**Redaktionsschluss:**

9. September 2021

**Bezug:**

Bezug und Kundenservice erfolgen ausschließlich über den Verlag. Der Preis für ein Jahresabonnement des Sächsischen Amtsblattes beträgt 209,89 Euro (gedruckte Ausgabe zzgl. 42,03 Euro Postversand) bzw. 114,97 Euro (elektronische Ausgabe). Der Preis dieser Einzelausgabe beträgt 8,03 Euro zzgl. 3,37 Euro bei Postversand. Alle genannten Preise verstehen sich inklusive gesetzlicher Mehrwertsteuer. Das Abonnement kann ausschließlich schriftlich mit einer Frist von sechs Wochen zum Kalenderjahresende gekündigt werden.

SV SAXONIA Verlag GmbH, Lingnerallee 3, 01069 Dresden  
ZKZ 73797, PVSt +4, **Deutsche Post** 